

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboptionspreis pro Monat inkl. Verlagerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Verlagerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postabstempel-Nr. Nr. 4158) vierteljährlich 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pf. zzgl. Verschlußgeb.

Chiefredaktion:
Dr. Bruno Schonlauk.

Inserate werden die übersetzte Zeitung über deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition ausgegeben sein. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftsjahr 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Die Maifeier ist nicht allein eine Demonstration zur wirtschaftlichen, sondern auch zur politischen Befreiung der Arbeiterklasse.

Leipzig, 14. April.

Die Gesellschaft, eine Monatschrift für Literatur, Kunst und Sozialpolitik, enthält von ihrem bekannten sozialpolitischen Mitarbeiter Heinrich Starkenburg beachtenswerte Glossen zur zeitgenössischen Rechtsprechung, von denen wir angesichts des Falles Stenglein einige unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

Starkenburg führt aus, wie die bisherigen Waffen der Justiz gegen den Umsturz zu seiner Bekämpfung mehr wie genügten und fährt fort: „Aber alles dies genügt der Reaktion noch nicht. Sie bedurfte noch anderer Mittel zur Durchsetzung ihrer Herrschaft, und in dieser Erkenntnis beschaffte sie ein bereits halb verstorbenes und vergessenes herrliches Kleebattal gezeigter Weisheit „zu neuen Thaten, zu neuem Ruhm“ heraus: die Majestätsbeleidigung, den groben Unfug und den dolus eventualis. Seit diese drei wie die apokalyptischen Meister einherbrausen und die Scharen niedermählen, schreitet der Geist der römischen Eroberen durch das deutsche Land. Das freie deutsche Manneswort stirbt aus oder geht ins Ausland und sucht ein flüchtiges Asyl in fremdländischen Büchern und Zeitungen. Denunziation, Strebetum und Byzantinismus feiern Orgien.“

Vom dolus eventualis sagt er: „Der dolus eventualis entstammt jener noch nicht lang vergangenen Zeit, da man über den Unterschied der Solidar- und Correal-Obligationen die Bücher schrieb und der Pandekten-Scholastizismus in der Blütezeit seiner juristischen Spannungsbildung stand. Da wurde von spitzfindigen Leuchten der Wissenschaft neben dem dolus directus und indirectus, generalis und specialis, dolus culpa cumulatus und culpa dolo determinata, dolus praemeditatus und repentinus in schwerer aber glücklicher Geburt ein neues Kind der Rechtswissenschaft zum Leben gebracht, und dieses erhielt den Namen „dolus indeterminatus sive eventualis“. Wenn fernerhin jemand etwas hat, was an sich straflos war, in einer Form, die mit den Gesetzen nicht kollidierte, und zu einem Zweck, der gesetzlich durchaus erlaubt war, aber so, daß es nicht ausgeschlossen war, oder daß es für nicht ausgeschlossen hätte

halten sollen, daß durch eben diese Handlung Wirkungen hervorgerufen würden, die er zwar nicht beabsichtigt hatte, denen gegenüber aber seine Handlungswise, wenn sie darauf abgezielt hätte, strafbar gewesen wäre, — den fachte der dolus indeterminatus sive eventualis mit sicherem Griffe und führte ihn seinem verdienten Geschick entgegen.

Wie sich mit diesem Thatbestand der Begriff des dolus — bewußter böser Absicht reimt, ist zwar dem ehrlichen Biedermann nicht klar zu machen; aber darum müssen unsere Juristen auch erst drei Jahre lang römisches Recht studieren, um das unbehagliche Gerechtigkeitsgefühl los zu werden. Mit dem terminus technicus bezeichnet man das als „juristisch denken lernen“.

Als dann kommt er auf den großen Unfugsparagraphen zu sprechen. „Zunächst wurde die Verübung von Unfug ungedeutet auf psychisches Ärgernis geben, jeglicher Art, dann kam der dolus eventualis hinzu, und heute kann ein nicht ganz auf den Kopf gefallener Jurist schlechthin alles unter diesen Paragraphen bringen. Das Anschlagen von Wahlplakaten an öffentlichen Gebäuden, das Ausstellen eines rot geschmückten Lassallebildes im Schaufenster, der Zwischenruf „das ist nicht wahr“ in einer Wahlversammlung, das Hoch auf die „internationale, revolutionäre Sozialdemokratie“, die Vorstötterklärung, der Streit, das Entfalten einer roten Fahne im Wirtshaus oder bei der Maifeier auf der Straße, — das sind so ein paar Beispiele für die Handlung, die der lärmregende Gassenjungenstreit des preußischen Landrechts durchgemacht hat. Gelegentlich der letzterwähnten Entscheidung verkündete der Strafzenat des Reichsgerichts den geradezu klassischen Satz in den Motiven (R.-G.-C. v. 7. Juli 1892): ... „Es ist in concreto festgestellt, daß verschiedene Zeugen, welche nicht der sozialdemokratischen Partei angehören, durch den Vorfall — (die rote Fahne) — in erheblicher Weise beunruhigt und in ihren Gefühlen verlegt worden sind.“ Wenn aber durch die Vladpheme der klerikalischen Zeitungen und Medien ein Mann von moderner Weltanschauung, durch die Schmähreden der reaktionären Presse ein Demokrat oder Sozialist noch so sehr „beunruhigt“ oder „in seinen Ge-

fühlern verlegt“ ist, da frägt nicht Hahn noch Hahn danach, und wenn er die Inquisitoren wegen groben Unfugs denuncierte, würde man ihn vermutlich auf seinen Geisteszustand untersuchen lassen. Wir würden de lege ferenda vorschlagen, sämtliche oben citierten Gesetzesparagraphen zur Vereinfachung durch den einen Paragraphen zu erweitern: „Wer durch irgend eine Handlung die wirtschaftlichen, politischen oder religiösen Anschauungen oder Empfindungen der „guten Gesellschaft“ angreift oder verletzt, wird nach Ermeessen des Richters bestraft“. Dann würde man doch wenigstens, woran man wäre.“

Und über die Majestätsbeleidigung sagt Starkenburg endlich: „Konsequent wird heutzutage jede absprechende Vermerkung über irgend welche Eigenschaften, private Handlungen oder Ausprüche des Herrschers als Majestätsbeleidigung verfolgt. Während vor Rechts wegen als Majestätsbeleidigung nicht jede Beleidigung aufgefahrt werden darf, sondern nur solche, die direkt amtliche Handlungen des Monarchen angreifen, sah, unsere Rechtsprechung sogar Neuerungen als Majestätsbeleidigung auf, die einem Privatmann gegenüber gethan nicht einmal schlichte Beleidigung wären. Was ist denn eigentlich „Majestätsbeleidigung“? Beleidigung ist „wissenschaftliche, ungerechtfertigte Bezeugung moralischer Nichtachtung“. Weshalb wird eine solche dem Herrscher gegenüber mit Gefängnis nicht unter zwei Monaten oder Festung bis zu fünf Jahren bestraft, dem gewöhnlichen Sterblichen gegenüber nur mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark oder Gefängnis bis zu zwei Jahren? Mit Recht sagt Franz von Liszt, unser bedeutendster derzeitiger Strafrechtslehrer: „Die Ehre des Trägers der staatlichen Souveränität ist begrifflich keine andere, als die des Privatmannes.““

Wir registrieren die Glossen. Eine bürgerliche Monatschrift schreibt in dem Maße über die deutsche Strafrechtspflege absprechend. Auch ein sprechendes Symptom.

Seuilleton.

Machend verboten.

Mein Onkel Benjamin.

Von Claude Villier.

Deutsch bearbeitet von Ludwig Pfau.

Ihr sagt, ich sei ein Feigling, wenn ich vernünftig genug bin, das Duell zurückzuweisen; aber was ist denn eurer Meinung nach die Freiheit? Wenn Zurückweichen vor einer unnötigen Gefahr Freiheit ist, wo wollt ihr dann einen Mutigen finden? Wer von euch bleibt ruhig in seinem Bett liegen, wenn ihm das Dach über dem Kopfe bricht und lodert? Wer ruft nicht den Arzt zu Hilfe, wenn er ernstlich krank wird? Wer sucht sich nicht an das Gebüsch des Ufers zu klammern, wenn er in einen Fluss fällt? Noch einmal, was ist dieses Publikum? ein Feigling, der Kühnheit predigt. Nehmen wir an, statt meiner, Benjamin Natherys, werde das Publikum von Herren von Brüderbruch gefordert — wieviel fänden sich in diesem Haufen, die seine Ansforderung anzunehmen wagten? Und übrigens, gibt es denn für den Philosophen ein anderes Publikum als die Männer, die logisch denken und vernunftgemäß urteilen? Und ist in den Augen dieser Leute das Duell nicht das absurdste wie das barbarischste aller Vorurteile? Was beweist die Logik, die man im Festsaal lernt? Ein wohlbegebrachter Degenstoß — das ist ein vortreffliches Argument! Parier die Terc, parier die Quart, dann kannst du beweisen was du willst. Es ist, meiner Treu! recht schade, daß, als der Papst die Bewegung der Erde um die

Sonne von wegen der Ketzerie verdammt, Galilei nicht daran dachte, Seine Heiligkeit auf krumme Säbel zu fordern, um ihr zu beweisen, daß die Bewegung existiere.

Im Mittelalter hatte das Duell wenigstens einen Sinn, es war die Folge einer religiösen Idee: unsere Grohstern hielten Gott für viel zu gerecht, um den Unschuldigen unter den Strichen des Schuldigen fallen zu lassen, und der Ausgang des Kampfes wurde als ein Urteilspruch von oben betrachtet; aber wie kann sich bei uns, die wir dank dem Himmel von diesen närrischen Ideen zurückgekommen sind und an die zeitliche Gerechtigkeit Gottes nur sub beneficio inventarii glauben, das Duell rechtfertigen, und zu was dient es?

Ihr fürchtet, daß man euch der Mäuselosigkeit bezügliche, wenn ihr eine Ansforderung zurückweist; aber jene Elenden, die das Totschlägerhandwerk treiben und euch fordern, weil sie sicher sind, euch umzubringen, welchen Mut schreibt ihr denn ihnen zu? den des Mitzgers, der einen Hammel sticht, oder des Jägers, der einen Hasen schlägt? Ich habe verschiedene dieser Leute gekannt, die nicht einmal Standhaftigkeit genug hatten, um sich einen Bahn ausziehen zu lassen; und wie viele von ihnen würden es wagen, ihrem Gewissen gegen den Willen eines Menschen zu folgen, von dem sie abhängig sind? Daz der Kannibale von Neuseeland Menschen seiner Farbe absticht, um sie zu töten und zu essen, wenn sie gargekocht sind, das läßt sich noch begreifen; aber du, Duellant, in welcher Sauce willst du den Leichnam deines Gegners verspeisen? Du bist schuldiger als der Mörder, den die Gerechtigkeit aufs Schafott schickt, und den vielleicht das Elend zum Morde trieb. Aber du, was drückt denn die den Degen in die Faust? Ist's Eitelkeit? ist's Blutdurst? ist's Neugier, zu sehen, wie sich ein Mensch im Todeskampf windet? Stellst du dir ein Weib

vor, das sich halb wahnsinnig vor Schmerz auf den Körper ihres Gatten wirft, Kinder, welche das verwaiste schwarzbekannte Haus mit ihrem Jammer erfüllen, eine Mutter, die Gott bittet, sie statt ihres Sohnes in den Sarg zu legen? Und du bist's, der aus einer Eigenliebe, wie sie nur ein Tiger haben kann, all das Elend verschuldet hat? Du willst uns abstechen, wenn wir dir nicht den Titel eines Ehrenmannes geben, und du verdienst nicht einmal den Titel eines Menschen: du bist nur eine Viper, die beißt, bloß aus Lust zu töten; und sogar die Viper respektiert sich selber in ihresgleichen. Wenn dein Gegner gefallen ist, so kniest du nieder auf die Erde, die sein Blut getrunken und suchst die rinnenden Wunden, die du geschlagen hast, zu stillen; du elbst ihm zu Hilfe, wie wenn du sein bester Freund wärst — warum aber hast du ihn alsdann umgebracht, Elender? Was soll nun der Gesellschaft deine Neue helfen? Werden deine Thränen das Blut erlösen, das du vergossen hast? Du Totschläger nach der Mode, du Mörder im Frack, du findest Männer, welche dir die Hand drücken, Haustfrauen, die dich zu ihren Festen laden; diese Weiber, die beim Anblick des Henkers in Ohnmacht fallen, wagen, ihre Lippen auf die deinen zu pressen und lassen deinen Kopf auf ihrem Busen ruhen. Aber diese Männer und diese Weiber beurteilen die Dinge nur nach dem Namen, den sie tragen: den Totschlag, der sich Mord nennt, verabscheuen sie; und den, der Duell heißt, bewundern sie. Aber trotz all des Beifalls, der neben dir laut wird, hast du einen Fleck geronnenen Blutes auf der Stirn, den die Klüsse deiner Geliebten nicht auslösigen werden; und was mich betrifft, so bin ich Arzt, nicht um zu töten, sondern um zu heilen — das merken Sie sich, Herren von Brüderbruch! Wenn Sie Blut in den Adern haben, so will ich Sie nur mit der Spalte meiner Lanze davon befreien.

Politische Uebericht

Der Scharfmacher im Saarrevier dreht nun unter den Schleifstein. Der König Stumm hat nach einer Meldung der Kölnischen Zeitung in einer von etwa 2000 Personen besuchten Versammlung zu Neunkirchen sich dahin geäußert, daß die jehige christlich-soziale Bewegung sich als gefährlicher denn die Sozialdemokratie erweisen werde. Wenn es dem Kirchenregiment nicht gelingen sollte, dieser antimonarchischen und antichristlichen Bewegung Herr zu werden, würde die Landeskirche zu Grunde gehen. Auch hier hat der Fabrikwalte auf sich auf den Kaiser verlassen. Er behauptete, der Kaiser teile diese Ansicht, wie aus einem an ihn (Freiherrn v. Stumm) gerichteten Telegramm hervorgehe.

Wer zieht die Persönlichkeit des Kaisers nun eigentlich in die Debatte? Dass Herr v. Stumm in seiner heilsamen Furcht vor der sozialen Bewegung die schüchternen Versuche des Postores „sozialismus“, der monarchisch-bürgerlich bis auf die Knochen ist, so augenscheinlich überdrückt, zeugt zwar nicht für die sozialpolitische Urteilsfähigkeit des Königs Stumm. Aber ein grettes Licht fällt auf die Gemütsverfassung gewisser einflussreicher Kreise, sobald das „rote Gespenst“ ansteigt, sogar wenn es in Bässchen und Talar, mit Barett und Gesangbuch auftritt und im Kanzelkorne predigt.

Der Boykott vor dem schweizerischen Bundesgericht. Eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung hat vor kurzem das schweizerische Bundesgericht über den Boykott gefällt. Es handelt sich um die Klage eines Bäckermeisters des Bezirkles Brugg gegen den Bäckerverband des betr. Bezirkes, welch letzterer über den Kläger die Blockade verfügt und diesen Beschluss in der Schweizerischen Bäckerzeitung den Mitgliedern des schweizerischen Bäckerverbandes zur Kenntnis gebracht hatte. Das Bundesgericht bestätigte zunächst das Urteil des aargauischen Obergerichts, daß dem Kläger nach den Bestimmungen des eidgenössischen Obligationenrechts eine Entschädigungssumme von 1600 Franken für den positiv nachgewiesenen Schaden zugesprochen hatte, wies jedoch die Forderung des Klägers, den Bäckerverband zur Zahlung einer weiteren Entschädigungssumme von 1000 Franken für erlittenen moralischen Schaden zu verurteilen und den Boykott prinzipiell zu verbieten, kurzweg ab. Damit hat das schweizerische oberste Gericht den Grundzäh ausgesprochen, daß der Boykott nicht an sich und unter allen Umständen etwas gesetzlich Unzulässiges sei.

Deutsches Reich.

Vom Organ des Alten im Sachsenwald.

— — — Hamburg, 18. April.

Das hiesige Bismarckorgan, die Hamburger Nachrichten, ist dieser Tage über den zunehmenden Einfluß der Sozialdemokratie ganz aus dem Häuschen geraten. Das Blatt spricht Gift und Galle darüber, daß man uns zur Zeit nicht mit einem „Specialen“ strangulieren kann. Doch was nicht ist, kann noch werden, trostet sich das Blatt; es hofft, die jehige Reichsregierung werde schon mit einem Ausnahmegesetz kommen, wenn sie einem entgegenkommenden Reichstag gegenüber stehe. Ja wenn, da liegt der Haß im Pfeffer. Es will nichts mehr glänzen. Einstweilen staltet das Blatt der Reichsregierung den Dank dafür ab, daß sie wenigstens von den vorhandenen Waffen ausgiebigen Gebrauch mache. Man sieht, wenn die Trauben sauer sind, versteht selbst das Bismarckorgan bescheiden zu sein.

Die überall in Fluss gesommene Lohnbewegung und die umfanglichen Vorbereitungen der Arbeiter zu einer würdigen Demonstration am 1. Mai haben das Blatt in helle Wut versetzt. In allen Varianten wird gegen die Streikheher aufgewiegelt, denen sowohl mit der Strenge des Gesetzes auf den Leib gerückt als wie den armen Verführten die Macht des Bürgertums begreiflich gemacht werden müsse. Über nun kommen die Klagelieder, daß nicht jede Art von Verleitung zur gemeinschaftlichen Arbeitseinstellung mit harten Strafen geahndet werden könne, und das Vertrauen der industriellen Arbeitgeber in ihre Widerstandskraft geschwunden sei. Dass es so weit gekommen sei, daß sie wird den „Sozialen“ aller Finanzierungen die Schuld aufgeladen, hätten sie doch dem „Salonsocialismus“, die Stütze bereitet. Das Blatt muß zugeben, daß heute das Begehr des „Arbeiterfeiertags“ viel Sympathie bei den gebildeten Schichten findet. Das paßt dem „Schreibvölker“, dessen Ideenkreis sich in der Brutalität der Ausnahmegesetzbgebung erschöpft, freilich schlecht in den Kram. Deshalb fragt das Blatt auch ganz zoghafterweise, wird es Arbeitgeber geben, die ohne

So sprach mein Onkel zu sich selbst. Wir werden bald sehen, wie er seine Lehren in Übung setzte. Die Nacht bringt nicht immer guten Rat. Mein Onkel erhob sich am nächsten Morgen, fest entschlossen, sich die Unverschämtheiten des Herrn von Brückenbruch nicht gefallen zu lassen; und um die Sache je bärder je lieber abzumachen, ging er desselben Tages nach Corvol. Sei's, daß er müchter war, daß die Ausdünstung stockte, oder daß die Verdauung nicht recht von statthen ging — er fühlte, wie ihn eine ungeahnte Melancholie durchrieselte. Er folgte ganz gedankenvoll, wie Nacines Hippolyt, den stufenweisen Steigungen des Gebirges; sein edles Schwert, das vormals in senkrechter Linie längs des Schenkelbeins herabfiel und die Erde mit der Spitze bedrohte, nahm jetzt die triviale Stellung eines Bratspiefes und schien sich auf diese Art seiner trüben Stimmung anzupassen; sein Dreispitz, der sonst stolz und aufrecht auf seiner Stirne stand, ein klein wenig nach dem linken Ohr geneigt, sah ihm jetzt ganz verdutzt im Nacken und schien selber unheimlicher Gedanken voll; sein Auge von Stein hatte sich erweicht. Er betrachtete mit einer Art Rührung das Bratronthal, das sich starr und fröstelnd zu seinen Füßen ausbreitete; jene großen Nusshäume in Trauer, die mit ihrem schwärzlichen Geäst einem gewaltigen Polypen glichen; die langen Pappeln, welche nur noch einige rostige Blätter an ihren Büschen hatten, und auf deren Wipfel sich manchmal schwere Trauben von Naben wiegten; das fahle, von der Kälte gesprengte Geblöß; diesen Fluss, der ganz schwarz zwischen seinen schneiigen Ufern den Schaufeln der Stampfmühle entgegenging; den runden Turm des Posthofts, grau und neblig wie eine Wollensäule; das alte Feudalschloß von Pressuire, das sich zwischen das braune Schilf seiner Gräben duckte und das Fieber zu haben schien; die Rauchfänge des Dorfes, die

Wanken alle Zumutungen in Bezug auf den 1. Mai, einerlei von welcher Seite und in welcher Form sie kommen, von der Hand weisen? Oder wird nicht mancher an dem fatalen Tage ein Auge zudrücken und denken, es ist das gescheideste, kein Aufhebens von der Sache zu machen?

Wie der seitherige Verlauf der meisten Aussände ausweist, ist das Gros der Unternehmer doch einsichtiger als das Bismarckblatt und seine zu der Kategorie der Scharfmacher gehörenden Hintermänner. Das Gros des Unternehmertums läßt sich durch beratige Tüden nicht blenden, der wirtschaftliche Vorteil geht ihm doch über den Machtthiel des Herrenrechts und die Arbeiter berühren die angezogenen Wadenkniesereien nicht. Und solche Leute machen sich an, die Bekämpfung der Sozialdemokratie als ihre Spezialaufgabe zu betrachten. Armes Bürgertum, wie schlecht bist du beraten!

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen angeblicher Majestätsbeleidigung, begangen durch eine Rede, wurde Professor Dr. Quirke in München zu drei Monaten Gefängnis und Entzug der Kosten verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt.

* Berlin, 14. April. Gegen den Professorparagraphe im Gesche über die Neuregelung der Richtergehälter wolle, wie der preußische Landtagsabgeordnete Knebel in einer Versammlung des Centralkomites der national-liberalen Partei des Rheinlandes versicherte, die Nationalliberalen einhellig stimmen. Ob die Steifeineen standhalten, steht freilich auf einem anderen Blatte. —

Zu den Verhandlungen der heute zusammengetretenen Reichskommission für Arbeiterstatistik, die Erhebungen über die Zustände im Konfektionsgeschäft anstellen wird, werden auch Arbeiter und Arbeiterinnen, Konfektionäre und Zwischenmeister von auswärts zur Vernehmung herangezogen. —

Über die Neuorganisation der Schutztruppen in den Kolonien wird dem Reichstag gleich nach seinem Wiederzusammentritt nach der Köln. Btg. eine Vorlage gemacht werden. Es handelt sich darum, dem Gouverneur die Beschlagnahme über die Schutztruppe zu geben, die militärische Instanz des Reichsmarineamtes aus der Kolonialverwaltung auszuschieden und die Dienststalterverhältnisse der in Afrika dienenden Offiziere nicht mehr ausschließlich nach dem europäischen Patent, sondern nach der in der Kolonie zugebrachten Dienstzeit zu regeln. —

Der antisemitische Abgeordnete Dr. Böckel ist, dem Vorwärts zufolge, im statistischen Bureau des Bundes der Landwirte angestellt. Sollte Ahlwardt zurückkommen, so könnte er ebenfalls dort einen Unterschlupf finden. —

Der römische Berichterstatter der Kölnischen Btg. versichert, die Versprechungen zwischen Kaiser Wilhelm und König Humbert von Italien in Venedig seien als Grundlage für die demokratische Erneuerung des Dreibundes anzusehen.

In einem Leitartikel weist die Nordb. Allg. Btg. auf die Bedeutung der heutigen Zusammenkunft des deutschen Kaisers mit dem Kaiser von Österreich hin, die dazu beitrage, die zuversichtliche Hoffnung auf Erhaltung des Friedens zu kräftigen. —

In einem Strafprozeß gegen den Redakteur Koch zu Friedrichsberg wegen Beleidigung des Amtes und Gemeindevorstehers Möller war der Angeklagte zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Zu den Richtern dieser Strafkammer gehörte der Professor Augustin, der sich an seinem Hochzeitstage in einem Anfall von Wahnsinn erschoss. Wie dem Vorwärts berichtet wird, ist Koch bereits aus dem Gefängnisse entlassen worden. —

Hirsch's Tel.-B. meldet: Die Trauerfeier für Herrn v. Schrader sollte in der Potsdamer Garnisonkirche stattfinden, wo zu der Genehmigung des Kaisers nötig war. Dieser hat jedoch in einem gestern abend vom Militärkabinett an den Kommandanten von Potsdam gerichteten Telegramm diese Genehmigung versagt. —

Der an den Kaiser gerichtete Brief des Freiherrn von Schrader enthält, dem Volksanzeiger zufolge, einen Protest gegen das Schrader seiner Abschaltung nach angebrachte Unrecht sowie eine kritische Beleuchtung der gegen ihn geführten ehrengerichtlichen Untersuchung. —

Die agrarische Deutsche Tageszeit. erklärt in einer Befreiung des Falles Koje-Schrader trotz der vielen traurigen Vorkommen der letzten Zeit das Duell als einen „unvermeidlichen Notbehelf“, obwohl sie vorgibt, „grundlos und im allgemeinen“ ein Gegner des Zweikampfs zu sein. Es könne gewisse schwere schändliche Thaten und Worte geben, die in dem Menschen den Gedanken erzeugen, daß hierfür keine andere

sämtlich ihren leichten Mauch emporstanden, dünn wie der Atem eines Menschen, der in die Hände haucht. Auch das Tictack der Mühle, mit dem er so oft freundliches Geplauder gespielt, wenn er in den schönen Mondscheinräumen des Herbstes von Corvol zurückgekommen war, hatte heute einen trüblichen Ton; es schien in seiner stoßweisen Sprache zu sagen:

Den Degen läh in Ruh,
Sonst geht's dem Kirchhof zu.

Auf was mein Onkel antwortete:

Tat! tad! schwelg du still!
Ich geh' hin, wohin ich will;
Wenn zum Kirchhof, nun so sei's!
Was geht's dich an? Naseweis!

Das Wetter war übrigens frank und düster: schwere, weiße, vom Regenwind getriebene Wolken schlichen, schwerfällig wie ein verwundeter Schwan, am Himmel hin; der von graulichem Lichte beschleunete Schnee war trüb und fahl; und der Horizont war von allen Seiten durch einen Gürtel von Nebeln geschlossen, die sich das Gebirge entlang wälzten. Es war meinem Onkel, als ob er diese Landschaft, über die jetzt der Winter einen so dichten Trauerschleier breite, nicht mehr von der freudigen Frühlingsonne erleuchtet und mit ihren grünen Laubgewinden geschmückt, sehen wollte.

Herr Minxit war abwesend, als mein Onkel in Corvol ankam. Er trat in den Salon. Herr von Brückenbruch hatte sich an Arabellas Seite auf einem Sofa installiert. Benjamin, ohne der Grimasse seiner Braut und der herausfordernden Wüste des Musketiers weitere Aufmerksamkeit zu schenken, warf sich in einen Lehnsessel, kreuzte die Beine und legte seinen Hut auf einen Stuhl, wie ein Mann, der keine Eile hat, weiter zu gehen. Nachdem man eine Zeit-

Sühne möglich sei als Blut. Zeitungsartikel gegen das Duell nutzten durchaus nichts, insbesondere dann nicht, wenn sie gewissermaßen nur als geschäftsmäßige Auflösung an ein Tagesereignis erscheinen. Welch blutrünstig-hochlerische Weisheit! —

Das Stöckersche Volk veröffentlicht folgende Erklärung Stöckers: „Die am 7. Februar 1896 in der Tonhalle gegen Sc. Excellenz den Grafen Schlieben-Sandtinen gehalten Aeußerungen nehme ich, insofern sie persönlich beleidigend sind, gern zurück.“ Graf Schlieben-Sandtinen, das Mitglied des konservativen Elferausschusses, hatte eine Beleidigungslage angestrengt, weil Stöcker in der Tonhalleversammlung von dem Antrag des Grafen Schlieben auf Entfernung Stöckers aus der konservativen Parteileitung gesprochen hat als von einem Antrag „von solcher Unverschämtheit“. Gegen die lebte „Tonhallerede“ Stöckers vom 8. April d. J. veröffentlicht Oberst a. D. v. Krause eine Erwidierung in der Kreuztg. Stöckers Beleidigungen, ihn verübtlich anzugreifen und herabzuwürdigen, würden vergeblich sein. Die Wahrheit komme an den Tag. Auf eine Zeitungsfahne mit „dem genannten Herrn“ lasse er sich weiter nicht ein. Bei allem, was er gesagt habe, verbleibt es. Alle den feindigen widersprechenden Darstellungen beruhen auf Unwahrheit. Der Hader der ehemaligen Freunde verschärft sich. —

In der Hessischen Landeszeitung liest man: „Verquillt ist die Affäre Koje mit dem Fall Friedmann. Denn dieser sturwillige Advokat war der Anwalt Kojes und wir haben die Einspieling, als ob Friedmann doch mehr aus den Alten weiß, als den beteiligten Kreisen lieb ist. Vielleicht ist die Vermutung nicht ganz abzuweisen, daß unter derzeitiger Reichsregierung, Fürst Hohenlohe, seine Pariser Reise nicht nur aus privaten Rücksichten unternommen hat, sondern vielleicht auch zu dem Zwecke, die fatale Veröffentlichung der Friedmannschen Broschüre über den Fall Koje durch seinen persönlichen Einfluß zu hinterreiben.“ Das ist also eine neue Deutung der Kanzlerreise. In der Nationalzeitung aber liest man: „Es wird nach einem Pariser Telegramm „authentisch“ erklärt, daß Fürst Hohenlohe während seines Aufenthaltes daselbst weder mit dem Ministerpräsident Bourgeois noch mit anderen politischen Persönlichkeiten Frankreichs irgend welchen Verlehr gehabt hat.“ Wer hat recht? —

Auf der Straße verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis abgeführt wurde der frühere verantwortliche Redakteur des Sozialist, Franz Künzler. Man nimmt an, daß die Verhaftung wegen der Märznummern des Sozialist erfolgt sei.

Für die Stichwahl im Reichstagswahlkreis Osnabrück empfiehlt die Hannoversche Post, das Organ der deutsch-zentralen Antisemiten, die Unterstützung des welfischen Kandidaten v. Schele. Die Stichwahl findet am 20. April statt.

Zur Reichstags-Erfahrungswahl in Ruppin-Tempelin hat der Bund der Landwirte in der Versammlung seiner Verbraucher in Löwenberg als Kandidaten den Gutsbesitzer Kamprecht zu Klein-Münz bei Zehdenick aufgestellt. Kamprecht vertreibt den Wahlkreis im Abgeordnetenhaus, gehört der konservativen Partei an und unterlag 1893 bei der Reichstagswahl als Gegenkandidat v. Böhm.

h. Essen a. N., 13. April. Die schon mehrfach in der Leipziger Volkszeitung erörterte Sache des Gewerke Schmidt-Duisburg kommt am 18. April d. J. am hiesigen Landgericht zur Verhandlung.

+ München, 13. April. In der bayerischen Abgeordnetenkammer sitzt der Feilitzschianismus auf der Aufflagebank. Dort wird über Beschwerden wegen Verlehung verfassungsmäßiger Rechte durch Verbote von Gewerkschaftsversammlungen und über die Anträge zur Umgestaltung der bayerischen Vereinsgesetze verhandelt. Die Sitzung wurde auf Mittwoch verlegt, nachdem lediglich der Referent Pichler (Centr.). Gen. Scherm und der Minister Feilitzsch gesprochen hatten. Scherm kritiserte in anderthalbstündiger ausgezeichneter Rede die durch eine rigorose Anwendung und besondere Interpretation des bayerischen Vereinsgesetzes geschaffenen, ungerechten Zustände und forderte an der Hand des sozialdemokratischen Antrags volle Vereins- und Versammlungsfreiheit. Der Minister gab zu, daß gewisse Bestimmungen des geltenden Gesetzes einer Änderung bedürfen. Ausführlicher Bericht über die für weite Kreise des arbeitenden Volkes wichtige Verhandlung folgt.

Schweiz.

Das Ergebnis der Kantonsratswahlen.

Zürich, 12. April. Bei der Kantonsratswahl in der Stadt Zürich haben die Sozialdemokraten von ihren elf Kandidaten neun durchgebracht. Redakteur Seidel und Arbeiter-

lang von der Gesundheit des Herrn Minxit, von der Wahrscheinlichkeit eines baldigen Tauwinters und von der Grippe gesprochen hatte, schwieg Arabella und mein Onkel konnte ihr nur noch einige einsilbige Ehre entlocken, wie sie ein Bärensteinlehrling mit großer Mühe und nach langen Zwischenräumen seiner Klarinette entricht. Herr v. Brückenbruch stieg im Salon auf und ab, indem er seinen langen Schnauzbart drehte und seine großen Sporen rasseln ließ; er schien sich zu überlegen, wie er mit meinem Onkel am besten Händel anfangen könnte. Benjamin hatte seine Absicht erraten, aber er schien nicht auf ihn zu achten und beschäftigte sich eines Buches das auf einem Kanapee lag; anfänglich begnügte er sich, es durchzublättern, während er Herrn von Brückenbruch seitwärts beobachtete; aber da es ein medizinisches Werk war, versenkte er sich bald in sein Buch, das ihn interessierte und vergaß den Musketier. Dieser, entschlossen, ein Ende zu machen, blieb vor meinem Onkel stehen:

Wissen Sie, mein Herr, sagte er zu ihm, daß Ihre Besuche hier sehr lange dauern?

So viel mir scheint, antwortete mein Onkel, waren Sie vor mir da.

Und zu gleicher Zeit sehr häufig sind, fügte der Musketier bei.

Ich versichere Sie, erwiderte mein Onkel, daß dieselben weit seltener wären, wenn ich jedesmal die Aussicht hätte, Sie hier zu treffen.

Wenn Sie wegen Jungfer Minxit kommen, fuhr der Musketier fort, so läßt das Fräulein Sie durch mich erüben, es von Ihrer langen Person zu befreien.

(Fortsetzung folgt.)

sekretär Greulich sind unterlegen. Das Gesamtergebnis der Wahlen ist: 102 Freisinnige, 91 Demokraten und 9 Sozialdemokraten. Der ganze liberale Käfigel, der Freisinn samt seinen Mäusen, hat geschlossen die Liste der vorgeschrittenen Elemente bekämpft.

Frankreich.

Wiedereröffnung der Arbeitsbörse. — **Verbot einer jüngstlichen Zeitung.** — **Radikale Agitationsspläne.**

Paris, 12. April. Gestern fand die Wiedereröffnung der Arbeitsbörse statt. Der Feierlichkeit wohnten etwa 2000 organisierte Arbeiter bei, Delegierte der 122 bisher in die Arbeitsbörse aufgenommenen Gewerkschaften. Den Vorsitz führte der sozialistische Sekretär des Gemeinderates, Landrin, der im Namen des Gemeinderates die Gewerkschaften willkommen hieß und die Arbeitsbörse für wiedereröffnet erklärte. Navarre, der sozialistische Vizepräsident des Gemeinderates, erinnerte an die brutale Schließung der Arbeitsbörse durch Dupuy und setzte das neue Reglement der Anstalt auseinander: „Die Reorganisation der Arbeitsbörse durch die gegenwärtige Regierung ist zwar ein Akt der Gerechtigkeit, wir durften aber ein freiheitliches Reglement erwarten von einer Regierung, die ihre Pflichten der Demokratie gegenüber ernst nimmt...“ Der Gemeinderat werde jedenfalls für die Aufrechterhaltung der inneren Selbstverwaltung der Gewerkschaften sorgen. Unter lebhaftem Beifall gab Redner schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß das einträchtige Zusammenwirken der Gewerkschaften die Arbeitsbörse zu einer Musteranstalt für die ganze Welt und zu einem Werkzeug der Emancipation des Proletariats machen werde. Hieran spielte die Musikkapelle des 10. Bezirks die Marschallade und die Anwesenden sangen die Arbeiter-Marschallade, die Carnagnole. Die Feierlichkeit schloß mit einem von der Stadt gegebenen Ehrenfeuer, der im „Streitzaal“ (Salle des Grèves) der Arbeitsbörse serviert wurde. — Nun ist zu sagen, daß die Ceremonie, zum Leidwesen der Bourgeoisie, die tumultuarische Austritte voraussagte, in der schönen Ordnung verlaufen ist. So lange die liebe Polizei nicht ihre Nase in die Arbeitsbörse stieß, wird die Ordnung nicht gestört werden.

Eine diplomatische Maßregelung hat der gestrige Ministerrat beschlossen. Dem Sultan zufolge wurde die Verbreitung der jüngstlichen Zeitung *Méchveret* innerhalb Frankreichs verboten und deren in Paris lebender Redakteur hofstet, aber entschieden zum Verlassen Frankreichs binnen drei Tagen aufgefordert. Schlägt denn Herr Bourgeois die Freundschaft des Sultans so hoch an, daß er sie durch solche kleine Aufmerksamkeit zu erhalten für nötig erachtet?

Das radikale „Aktionskomitee für republikanische Reformen“ hat beschlossen, im ganzen Lande eine Agitation zu Gunsten der Steuerreform und anderer „demokratischer Reformen“ zu organisieren. Am 22. April, d. h. am folgenden Tage nach dem Wiederzusammensetzen des Senats, soll hier eine große Volksversammlung stattfinden. Ferner sind Volksversammlungen in Ville, Lyon, Bordeaux, Marseille und Toulouse in Aussicht genommen worden. Endlich sollen in ganz Frankreich Vorträge unter dem Vorsitz von Deputierten und Senatoren gehalten werden. — Es ist bezeichnend, daß das Aktionskomitee, das mit der Regierung in Führung steht, über die allernotwendigste demokratische Reform, die Verfassungsrevision, sich ausschweigt. Auf den Verlauf der Agitation darf man immerhin geplant sein. Es muß sich dabei zeigen, inwiefern sich die Volksmasse an dem entbrannten Kampf interessiert.

Von den am 1. April fällig gewordenen außerhalb Millionen Ordenshersteuer wurden bisher nur 171500 Fr. guillig bezahlt, die Schulden der übrigen 1328500 Fr. lassen es auf Verfolgung ankommen.

Italien.

Ein Parteidag der lombardischen Sozialisten. — **Ein Tagblatt.** — **Policiales.**

W Mailand, 12. April. In Brescia werden sich am 26. April die Vertreter der Sozialisten der Bombardei zur Beratung über Taktik auf politischem und ökonomischem Gebiet und über Propaganda zusammenfinden. Die Notwendigkeit eines täglichen Parteiblattes macht sich immer mehr fühlbar. Der Punto nero (Schwarzer Punkt) in Reggio Emilia und der Asino (Gelb) in Rom konnten sich unter der crispinischen Verfolgung nicht halten. Jetzt sind 60000 Lire für ein tägliches Blatt in Rom bereit, und Sammlungen am 1. Mai sollen den Fonds soweit vervollständigen, daß er die Lebensfähigkeit einer täglichen Zeitung sichert.

Die gestrige *Lotta di Classe* wurde wieder konsolidiert wegen eines Artikels: Niederlage der Generale auf der ganzen Linie, die Wahlkampf mit General Fanti in Cagliari bestredend.

Der Professor Pantaleone, wegen der Veröffentlichung über die Loskaufung der Besitzung Malalles angeklagt, bestätigt seine Behauptungen im gestrigen *Secolo*. Die Regierung wird sich hüten, ihm einen Prozeß zu machen.

Großbritannien.

London, 13. April. Valsours irische Boden-Gesetzvorlage, die den gesetzlichen Pachtzins auf 30 Jahre festsetzt mit der Möglichkeit je fünfjähriger Abänderung nach Maßgabe der Produktionspreise, sowie den Pächtern die Sicherheit für die ausgewendeten Meliorationskosten und die Erleichterung des Ankaufs gewährt, wurde von Morley Dillon als abänderungsbefürdig gedenkbar und sodann in der „ersten Lesung“ angenommen. Die Annahme in der ersten Lesung bedeutet im englischen Unterhause nur die Zusetzung zur geschäftsordnungsmäßigen Verhandlung über den Gesetzentwurf.

Zürlet.

Es wird fortgesetzt.

Ein kaiserliches Erlass (Erlaß) ordnet die Rückkehr aller auf Staats- und Privatosten im Auslande studierenden Türken an. Als Grund hierfür wird die häufige Teilnahme von türkischen Studierenden an jungtürkischen „Umrissen“ bezeichnet.

Zur Tischlerbewegung.

Um der gesamten Arbeiterschaft eine Übersicht über die Lohnbewegung der hiesigen Tischler zu ermöglichen, sei folgendes rekapituliert:

Nachdem im Februar in einer von 800 Personen besuchten Tischlerversammlung eine Lohnkommission gewählt worden und dieselbe beauftragt war, in kürzester Zeit die etwa aufzustellenden Forderungen einer nächsten Tischlerversammlung zu unterbreiten, tagte am 3. März in beiden Sälen der Flora eine noch stärker besuchte Versammlung, in welcher die Lohnkommission folgende

Forderungen vorschlug: 1. 56 stündige Arbeitszeit; 2. 36 Pfennige Stundenmindestlohn; 3. 20 Mark Abschlag pro Woche exkl. Krankengeld; 4. Abrechnung nach Fertigstellung des Accords, Auszahlung spätestens am nächsten Freitag; 5. Auszahlung des vollen Lohnes und zwar Freitags; 6. Sicherung des Lohnes bei Accordarbeit; 7. 50 Proz. Zuschlag für Überstunden; 8. 10 Proz. Abschlag für Doppelarbeiten, 20 Proz. Abschlag für alle übrigen Bau- und Möbelarbeiten nach dem 1887 bewilligten Tarif. Die Versammlung nahm diese Forderungen einstimmig an mit dem Wunsche, daß die Lohnkommission die weiteren Schritte vornehmen möchte. Gleichzeitig wurde auf Antrag der Lohnkommission das Werkstatt-Delegierten-System eingeführt. Dasselbe war für unsere Bewegung von großem Vorteil. Es haben zwei Delegiertenstiftungen stattgefunden, wodurch der Lohnkommission Gelegenheit gegeben war, in kürzester Zeit einen Überblick der Arbeits- und Lohnverhältnisse zu gewinnen.

Um nun die Forderungen möglichst ohne Streik durchzuführen zu können, beschloß die Lohnkommission, mit den Arbeitgebern — Innungs- und Nicht-Innungsmeistern — in Verhandlung zu treten. Dies ist geschehen, und zwar am 30. März mit den Nicht-Innungsmeistern, welche sich mit den Forderungen einverstanden erklären, bis auf Punkt 6: Sicherung des Lohnes. Sie stellten dazu einen Antrag, daß bei minderwertigen Arbeiten eine Ausnahme stattfinden möchte. Zu Punkt 7: Zuschlag von 50 Proz. auf Überstunden, wünschten sie, daß die Lohnkommission dies in ihrer Sitzung nochmals erwägen und das Resultat einer nächsten Tischlerversammlung unterbreiten möchte.

Am 1. April vormittags fand die Verhandlung mit der Innung statt. Hier stieß die Lohnkommission auf festigeren Widerstand der Innungsvertreter. Selbige beschlossen, in der am Dienstag den 31. März tagenden Innungsmitsglieder-Versammlung folgende Anträge zu stellen: 1. die 56 stündige Arbeitszeit; 2. 38 Pfennige Stundenmindestlohn; 3. 20 Mark Abschlag bezahlt, wer es verdient; Punkt 4 und 5 zustimmen; Punkt 6 zu streichen; 7. 25 Proz. für Überstunden bis abends 10 Uhr, nochmehr 50 Proz.; 8. 5 Proz. Zuschlag auf Doppelarbeiten, 10 Proz. Zuschlag für die übrigen Arbeiten nach dem von der Innung im Jahre 1889 verbesserten Tarif. Die Mitglieder der Innung waren fast vollständig am Platze, von 122 fehlten nur 8. (Nicht-Innungsmeister sind 242 in Leipzig.) Die Lohnkommission konnte auf diese Vorschläge nicht eingehen, da wir die Abschläge auf unseren 1887 bewilligten, und nicht auf den Innungstarif forderten. Es kam hier zu lebhaften Diskussionen, und schließlich ging man mit dem beiderseitigen Wunsche auseinander, daß man nicht notwendig hätte, einen Kampf einzutreten zu lassen.

Am Mittwoch fand eine öffentliche Tischlerversammlung statt, eine Versammlung, wie wir sie seit langen Jahren nicht gehabt haben; es waren 1600 Personen anwesend. In dieser Versammlung erstattete die Lohnkommission Bericht. Kollege Mensch unterbreitete in ausführlicher Weise die Stellung der Innungs- und Nicht-Innungsmeister zu unseren Forderungen. Zu Punkt 6 machte er folgenden Vorschlag: In zweifelhaften Fällen ist bei jedem einzelnen Falle eine Kommission in der Werkstatt zu wählen, welche den vorliegenden Fall zu prüfen und zu beurteilen hat.

Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Ferner wurde ein Antrag: Anstatt 50 Proz. Zuschlag für Überstunden 25 Proz. für die erste und 50 Proz. für alle weiteren Überstunden, abgelehnt. Dagegen der Antrag: 38 1/2 Proz. Zuschlag für Überstunden bis 9 Uhr abends, angenommen.

Kollege Mensch erklärte, daß Mittwoch den 8. April vormittags 10 Uhr eine Tischlerversammlung im Pantheon von der Lohnkommission angestellt sei, und daß sämtliche Tischler, denen die Forderungen seitens ihres Arbeitgebers verweigert worden sind, die Arbeit niedergelegen und sich in dieser Versammlung einzufinden hätten. Dieses wurde mit Beifall aufgenommen.

Hierauf wurden noch folgende Anträge angenommen und zwar alle einstimmig:

1. Sämtliche Anwesende verpflichten sich, bei einem ausbrechenden Streik die erste Woche auf Unterstützung zu verzichten. 2. Diejenigen, welche nicht nötig haben, die Arbeit niedergelegen, verpflichten sich, die Verheiraten 1 Mk., die Ledigen mindestens 1.50 Mark pro Woche zu zahlen als Unterstützung für die Streikenden.

3. Bei Ausbruch eines Streiks verpflichten sich diejenigen Kollegen, welche dem Holzarbeiterverband noch nicht angehören, sich denselben als Einzelmitglied anzuschließen. Eintrittsgeld und Beitrag wird von der Streikunterstützung in Abzug gebracht; dasselbe ist bei rückständigen Verbandsbeiträgen der Fall.

Verschiedene Meister waren in der Versammlung anwesend. Herr Innungsmeister Fischer suchte das Handwerk durch allerlei Rücksichten gegen die Forderungen der Tischler zu retten.

Am Mittwoch den 8. April tagte dann eine weitere Versammlung, die von über 1000 Tischlern besucht war, in der man den Vermittelungsvorschlag (57 Stunden Arbeitszeit) annahm, an allen übrigen Forderungen aber festhielt.

Zur Zeit sind in 96 Werkstätten mit 950 Arbeitern die Forderungen vollständig bewilligt.

Da nun aber die Tischlerirrigation beschlossen, unsere Forderungen nicht zu unterschreiben, sondern sämtliche Forderungen auf die Fabrik- resp. Werkstattordnung drücken zu lassen und in der Werkstatt auszuhängen, ist es notwendig, darüber zu wachen, daß die Innungsmitsglieder ihr Ehrenwort, das sie der Lohnkommission bei der Verhandlung gegeben haben, auch halten.

Dienstag den 14. Februar wird sich die Innung nochmals mit den Forderungen der Gehilfen beschäftigen, da diese auf den Vorschlag: 8 Proz. Zuschlag auf Doppelarbeiten, 15 Proz. Zuschlag auf die übrigen Bau- und Möbelarbeiten, nicht eingegangen sind, sondern an ihren Forderungen: 10 resp. 20 Proz. Zuschlag, festgehalten hat.

Wir appellieren an das so oft bewährte Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft, damit wir siegreich aus diesem Kampfe hervorgehen und wieder einen Schritt nach vorwärts machen.

Das Streikbüro befindet sich im Universitätskeller, Ritterstraße 7.

Erwähnt sei noch, daß die Arbeiter in der Bausfabrik von J. Wenk am Donnerstag einen vollständigen Sieg errungen haben, nachdem am Vormittag die Arbeiter (Tischler, Glaser, Maschinen- und Hafarbeiter) die Arbeit niedergelegt hatten, weil die Forderungen der Maschinenarbeiter nicht bewilligt werden sollten. Durch dies einklügige und solidarische Handeln der gesamten Arbeiter in der Bausfabrik (es sind 50 Tischler und Maschinenarbeiter beschäftigt) war es möglich, am Nachmittag die Forderungen sämtlicher Arbeiter zur Anerkennung zu bringen.

Alle Anfragen und Sendungen sind zu richten an Franz Mensch, Leipzig, Ritterstraße 8.

Die Arbeiterblätter werden um Abblick gebeten.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Dresden, 12. April. Der Rechnungsausschluß der antisemitischen Aktiengesellschaft Deutsche Wacht für das zweite Geschäftsjahr (1895) liegt nunmehr vor und ergibt, daß das unter Oberleitung des Reichstagsabgeordneten Zimmermann erscheinende Antisemitenblatt Deutsche Wacht bis zum Abschluß des Jahres 1895 einen Aufschluß von nicht weniger als 129 619,80 Mk. erfordert hat. Dieser Verlust würde aber noch um einige Tausend Mark höher erscheinen, wenn man nicht u. a. für das letzte Jahr geringere Abschreibungen (für Schriften und Maschinen) nur 6 Proz. gegen 12,5 Proz. im Vorjahr eingestellt und eine nicht unwesentliche Herabsetzung der Conten Gehälter und Löhne herbeigeführt hätte. Hervorzuheben ist ferner, daß die erzielten Einnahmen aus Abonnements im ersten Jahresbericht, der sich allerdings auf 1. Oktober 1893 bis 31. Dezember 1894 erstreckte, mit 85 774 Mk. eingestellt waren, so daß auf ein Jahr durchschnittlich 68 619,20 Mk. entfallen würden, während im letzten Geschäftsjahr nur 65 569,80 Mk. an Abonnements vereinbart wurden, so daß also auch ein Rückgang in der Abonnentenzahl zu verzeichnen ist. Ebenso sind die Inseraten-Einnahmen zurückgegangen. Dieselben betragen während der ersten 1/4 Jahr des Bestehens der Deutschen Wacht 110 387,80 Mk., also im Durchschnitt pro Jahr 88 309,80 Mk., während im neuesten Jahresbericht nur 80 291,28 Mk. an Inseraten-Einnahmen ausgeführt sind. Man er sieht hieraus zur Genüge, warum man es in der letzten Generalversammlung der Deutschen Wacht ausdrücklich für nötig befunden hat, über die Fortführung des Unternehmens Beschuß zu fassen.

Dresden, 13. April. Die Zimmerer treten heute in den Streik ein dort, wo ihnen 45 Pf. Mindeststundentarif nicht bewilligt werden. In Frage kommen 15 Meister mit etwa 200 Zimmerergesellen. Die übrigen Meister haben die Forderung bewilligt.

Auch die Dachdeckerhilfen wollen die Arbeit dort einzstellen, wo ihnen ihre Forderungen, nämlich in der Hauptsoße 45 Pf. Mindeststundentarif und 10 stündige Arbeitszeit, nicht bewilligt werden. Es sind nur noch einige wenige der Dachdeckerinnung nicht angehörige Arbeitgeber, welche die Gehilfenforderung nicht bewilligt wollen.

Die Maler- und Lackierergesellen wollen über acht Tage streiken bei allen denjenigen Arbeitgebern, welche ihnen ihre schon im vorjährigen aufgestellten Forderungen, unter denen hauptsächlich 45 Pf. Mindeststundentarif und 9 stündige Arbeitszeit betont werden, nicht bewilligen werden. Wie viele Arbeitgeber dies sein werden, vermöchte nicht überschlagen zu werden.

Die Klempnergesellen haben gestern in einer Versammlung eine längere Reihe von Forderungen aufgestellt, welche sie ihren Meistern unterbreiten wollen. Ende des Monats April wollen sie einen Beschuß fassen, welche Schritte sie unternehmen wollen, wenn ihnen ihre Forderungen nicht bewilligt werden sollen.

g. Zwischen, 12. April. Gestern abend hielten die Tischler eine öffentliche Versammlung ab, in der die Lohnkommission Bericht erstattete. Sie hat die Forderungen, die den Meistern vorgelegt werden sollen, in zwölf Punkten formuliert, die fast alle einstimmig nach lebhafter Debatte angenommen wurden. Die Gehilfen fordern hauptsächlich die zehnstündige Arbeitszeit resp. 50 Stunden pro Woche. Berechnung des Lohnes mit mindestens 30 Pf. pro Stunde, auch bei Accordarbeit. Die Arbeiter, die bei 50 stündiger Arbeitszeit schon jetzt 17,75 Mk. verdienen, sollen 20 Proz. Lohnzuschlag erhalten. Für Überstunden sind in Lohn- und Accordarbeit 25 Proz. Zuschlag zu gewähren, für solche nach 10 Uhr abends und Sonntagsarbeit 50 Proz. Maßregelungen wegen der Lohnbewegung dürfen nicht stattfinden.

Die Maurer, die heute nachmittag im Restaurant Velvedere eine sehr zahlreich besuchte Versammlung abhielten, sind darüber schlüssig geworden, nach Anhörung der Vertreter aus den einzelnen Bauen, Ende dieser Woche über alle Arbeitsplätze die Baupausse zu verhängen, wo die schlechtesten Löhne gezahlt werden; 1 bis 2 Pf. pro Stunde sind diese Woche von allen Meistern zugelegt worden, doch werden immer erst 30–33 Pf. gezahlt, es soll aber an der Forderung von 33 Pf. Minimalstundentarif festgehalten werden. Auf den Bauplänen, wo weitergearbeitet werden kann, sollen die Verhältnisse pro Woche 25 Pf. und die Ledigen 50 Pf. Streikunterstützung zahlen. Die Zimmerer sind mit diesen Beschlüssen einverstanden und unterstützen dieselben. Baumeister Beumer hat vergangene Woche 50 Italiener kommen lassen. Dieselben haben erklärt, sich der Lohnbewegung ebenfalls anzuschließen.

Bu gleicher Zeit hielten auch die Bergarbeiter eine leider schwach besuchte Versammlung ab; als Delegierte für den internationalen Bergarbeiterkongress in Nürnberg wurden H. Sachse-Planitz und Henker-Hänchen gewählt; für den deutschen Gewerkschaftskongress H. Sachse als Vertreter des Zwickauer Reviers.

Einen Selbstmord, den die hiesigen Lokalblätter tot-schweigen und von dem auch der Polizeibericht nichts berichtet, beginnt am Donnerstag früh der Buchdruckereibesitzer Albin Lorenz, in Firma E. Lorenz. Er soll sich in äußerst mischlichen Vermögensverhältnissen befunden haben und dadurch zu „Unregelmäßigkeiten“ gekommen sein, die für ihn unangenehme Folgen hätten haben müssen, denen er sich nun rechtzeitig entzogen hat.

Redakteur Neil vom hiesigen Volksblatt hat in drei Privatblättern die Auflageschrift zugesetzt erhalten. Privatblätter sind Dr. Johnson in Plauen, Redakteur des Vogtländischen Anzeigers, die Firma Seidel in Elsterberg und ein Sympathie-doktor in Greiz.

Der Erzgebirgisch-Vogtländische Gautag des Buchdrucker-verbandes wird Anfang Juni hier abgehalten.

Osnabrück, 12. April. Das Jahr 1895, daß den meisten Industrien einen Aufschwung gebracht hat, war für den Kohlenbergbau besser als die vorhergegangenen Jahre. Die Nachfrage nach Kohlen hält auch jetzt, wo der Winter vorüber ist, noch an, und allem Anschein nach werden die Werke im Sommer ihre Ausbeute leicht ablegen können, so daß an eine Anhäufung von Vorräten schwer zu denken ist. Die Kohlenpreise dürften sich aus diesem Grunde nicht wesentlich erniedrigen. Manchen Werken fehlt es an Arbeitern, um die eingehenden Aufträge erledigen zu können. — Man hört tropf dieser günstigen Situation nicht, daß die Höhe der erstmals bezahlten Bergleute aufgebessert worden wären.

Hierzu eine Beilage.

Sozialdem. Verein Alt-Leipzig.

Donnerstag den 16. April abends 1/2 Uhr

Öffentliche Versammlung im Restaurant Spieß, Seeburgstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen M. Lorenz, Redakteur der Leipziger Volkszeitung, über: Wirklichen und demokratischen Sozialismus. Diskussion hierzu. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Steuerberichtigung. Zu zahlreichem Besuch laden ein.

Der Vorstand.

Soziald. Verein L.-Süd.

Donnerstag den 16. April abends 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung im Gambrinus zu C.-Connewitz.

Tagesordnung: 1. Steuerberichtigung und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Genossen M. Wittich über: Maifeier. 3. Politische Rundschau. 4. Vereins- und Parteangelegenheiten. Einem zahlreichen Besuch steht entgegen.

Der Vorstand.

Achtung, Metallarbeiter

Freitag den 17. April abends 1/2 Uhr

Öffentl. Versammlung in der Flora, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Maifeier. 2. Gründung eines Unternehmens. 3. Volksfrage. 4. Gewerkschaftliches. NB. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.

Der Einberufer.

Achtung, Schmiede.

Sonnabend den 18. April abends 1/2 Uhr

Große öffentliche Versammlung in beiden Sälen der Flora, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, und wie stellen wir uns dazu. 2. Stellungnahme zur Maifeier. 3. Gewerkschaftliches. Keiner schlägt. Fragebogen mitbringen.

Die Lohnkommission.

Achtung! Achtung!

Bauhandarbeiter v. Hoch- u. Tiefbau.

Donnerstag den 16. April abends 7 Uhr

Große öffentl. Versammlung

im Saale der Gesellschaftshallen, Kreuzstr. 14.

Tagesordnung: 1. Unsere heutigen Lohnkämpfe und wie stellen wir uns zu dem von der Lohnkommission vorgeschlagenen Minimallohn von 35 Pf. Stundelohn. 2. Diskussion.

Referent: Genosse Jacob.

Alle im Hoch- und Tiefbau beschäftigten Arbeiter werden dringend erachtet, zu erscheinen.

[3296] Der Einberufer.

Arbeiter-Verein Großschocher-Windorf.

Sonnabend den 18. April im Trompeter

Vortrag

des Herrn Prediger Wiener, Leipzig, über: Weltanschauung und Erziehung.

Die Mitglieder werden gebeten, für diesen lehrreichen Vortrag etwas zu agitieren.

Mittwochs Kursus für Anwendungsformen.

NB. Die Frauen werden erachtet, zahlreicher zu erscheinen.

D. B.

Mittwoch den 16. April Schlachtfest. Wurst u. Suppe außer dem Hause. Goldener Löwe, Auger, Würzener Straße 4. F. Kukenburg.

Radbr. Schmalz

à Pfund 46 Pf.

Mehl à Pfund 11—20 Pf.

Zucker, gem. à 25

sowie sämtliche Backwaren zur Westbäckerei billigst offeriert

[3289]

F. Beerholdt, Markt 5.

Gummi-Waren

sowie sämtl. Bedarfs-Artikel zur Kranken- und Gesundheitspflege empfiehlt billigst in bester Qualität.

(Viele Neuerungen.)

Augusto Graf

nur Ritterstraße 4.

Tapezieren

à Rolle 35 Pf., Aufpolster von Matratzen 2,50 Mt. und Sofas von 5 Mt. an. Lendel, Lindenau, Hermannstr. 16.

PATENTE. Gebrauchs-Muster.

Markenschutz beim Kaiserl. Patentamt besorgt:

Ed. Breslauer, Ingenieur, Goethestrasse 7.

Verantwortlicher Redakteur: Max Lorenz in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

Genossen kauft Tapeten

Hermann Feiler

Gohlis, Möckernsche Str. 29.
Musterbücher franko.

Wohnungsanzeigen.

Freundlich möblierte Stube zu verm. Ulrich, Alexanderstr. 14, IV. I.

Arbeiterverein Leipzig. (Münzgasse 7.)

Heute Abend (Dienstag) Beginn des englischen Unterrichts, Donnerstag Nachführung, Freitag Stenographie, Sonntag früh 1/2, 11 Uhr. Jeden Tag. Teilnehmer wollen sich baldigst melden, damit auch die übrigen Unterrichtsstunden beginnen können. D. B.

IV. Sänger-Abteilung.

Mittwoch, 16. April, 1/2 Uhr Singkunde.

Gr. Wurst-Auktion.

Morgen Mittwoch vorm. 10—1 und nachm. 3—5 Uhr sollen 6 Cir. seines Knack-, Blut- u. Leberwurst, 80 Dosen Rosenkoh, 50 1/2-Dos. Sardinen u. dgl. m. in meinen Auktionshallen z. Centralhalle versteigert werden. Ed. Albrecht, Blatt. u. Co.

Empfehle Mittagstisch, à 40 Pf.

Um gültigen Auftritt bittet [3215]

Julius Neubauer

Oelzschauer Bierstube, Universitätsstr. 6.

Kleine Markthalle,

Kurprinzessstrasse Nr. 20

empfiehlt seinen vorzüglichen Mittagstisch à 40 Pf. Stamm an jeder Tageszeit. Täglich Unterhaltungsmausik.

Hochachtungsvoll Alb. Kirschky.

Mittwoch Schlachtfest.

E. Vettters, Eisenbahnstraße 2

vis-à-vis den Kaiserhallen. [3286]

Hausmühl. Blatt. u. Lebere, 65 Pf.

Fr. Krüger, Volkmarstr., Elisabethstr. 11.

Grosse Auswahl. Billige Preise.

Reste!

Buckskin, Cheviot, Kattune, Barchent, weisse mit bunten Möbelstoffen u. s. w.

M. Nüchtern.

Zur Messe: Augustusplatz, 15. Budenreihe

Special-Bettengeschäft.

6 Estellungsbetten 88 Pf., 6 weiße Barchent-Jöbchen 110 Pf., 6 Windeln 185 Pf., 1 Wiedelschürze 30 Pf., 1 Delphintunterlage 35 Pf., 1 Stellbettchen-Jülett 69 Pf., 1 Wagenlöffchen, gefüllt, 68 Pf., 1 Stiebbeckchen, gefüllt, 125 Pf., 1 Wagenbedeck, gefüllt, 180 Pf.

Windmühlenstraße 22, I.

Kinderwagen auf Abzahlung.

Ranständter Steinweg 12.

E. Holzmann

4 Königsplatz 4.

Reparatur-Werkstatt.

Regulator, 1 Mir. lang, Nasab. 12 Mk.

Silberino Remontoir-Uhren . . . 10 "

Nickel Remontoir-Uhren . . . 6 "

Goldene Damen-Uhren . . . 18 "

Lesor dieser Zeitung 10 Proz. Rabatt

Reform-Kinderwagen

sowie sämtliche Korbsachen empfiehlt

M. Winkler, Würzener Str. 61.

Sumatra-Ausschuss.

Hochfeine 3 Pf. Cigarre

100 Stück Mr. 2.75 [2833]

1000 Stück Mr. 26.—

Bruno Wohlfarth

Ecke Grimmaische, Steinweg u. Oberstr.

Käufe und Verkäufe.

Röver v. Plagwitz, Weißenseer Str. 6, III

Ein guterhalt. Kinderwagen zu verkaufen. Sellerhausen, Edelstr. 21, III. I.

Schön., rund. Kinderwagen, in g. Zust., billig zu verkauf. Voltm., Ludwigstr. 76, III. I.

Sigwagen, wie neu, billig zu verkauf. Neudörnig, Viktorstr. 9, II. r.

Kinderwagen, guterhalt., billig zu verkauf. Connewitz, Lange Straße 42, Postlager.

Ein Rohr-Kinderwagen billig zu verkauf. Neuschneidfeld, Konradstraße 16, II. r.

1 Kinderbettstelle u. 1 Kinderstuhl billig zu verkauf. Connewitz, Delitzscher Str. 87, I. r.

Ein guterhalt. Pianoforte in preiswert zu verkaufen. Öfferten Dresdenner Straße 14, Treppe B, III., erbeten.

Hoch. Vandoneon, 76 Pfund, billig zu verkauf. Poetzsch, Brandvorwerkstr. 51, I.

Eine g. St. Schneide-Rähmaschine billig zu verkauf. Petersteinweg 18, III.

Guterhalt. Nähmaschine billig zu verkauf. Neudörnig, Maternstr. 7, III. I.

Beist. in Matr., Nieder- u. Nüchternstr., Wohlgeb. u. dgl. Preis.

Ein gebr. Röver wird zu 1. ges. Mr. 1. Preisang. erh. Gohlis, Georgstr. 19, p. I.

Kinderwagen soll zu verkaufen.

Kinderwagen soll zu

Beilage zu Nr. 85 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag den 14. April 1896.

Die Stellungnahme der Leipziger Genossen zu den Beschlüssen der Landesversammlung.

Das Pantheon war gestern abend bis auf den letzten Platz gefüllt. Dicht drängten sich unten und auf den Galerien die Parteigenossen. Hunderte hörten stehend die Verhandlungen an. Wohl an 1600 Personen waren zugegen.

Die Sozialdemokratie des 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreises hat am 13. April über die bekannten folgenschweren Beschlüsse der Dresdener Landesversammlung beraten und sich auf die unten mitgeteilten Entscheidungen mit erdrückender Mehrheit geeinigt.

Aus der Mitte der Genossen heraus sind die Anträge und Resolutionen gekommen. Die Arbeiterschaft von Leipzig hat gesprochen, und der Unbesangene wird zugeben müssen, daß nicht künstliche Mache, daß hier allein die mit elementarer Gewalt durchgebrochene eigene, reiflich erwogene Überzeugung der Klasse den Ausschlag gegeben hat.

Wir haben in der Leipziger Volkszeitung mit allerpeinlichster Zurückhaltung die Dresdener Ereignisse besprochen, um auch nur den Schein, als ob wir auf die Leipziger Genossen nach irgend einer Richtung in letzter Stunde einen Druck übteten, von vornherein zu vermeiden. Die in Leipzig von Anbeginn an vertretene Auseinandersetzung fand auch gestern wieder einmütige Zustimmung, und unberechtigte Angriffe wurden energisch zurückgewiesen.

Damit ist für uns als die Beauftragten der Leipziger Parteigenossen, für die Leipziger Volkszeitung als das Organ des werktätigen Volkes von Leipzig diese Angelegenheit entschieden. Eine fernere Erörterung hätte für uns also in diesem Betracht nur noch ein akademisches Interesse.

Um den Bericht über den Verlauf der Landesversammlung entgegen und dazu Stellung zu nehmen, waren die Parteigenossen gestern abend in einer Stärke von weit über 1500 Personen in der im Pantheon abgehaltenen Parteiversammlung erschienen. Sie saßen gegen 5 bez. 80 Stimmen folgende Beschlüsse:

1. Die Parteiversammlung des 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreises lehnt eine Beteiligung bei den nächsten Landtagswahlen ab. Eine fortgesetzte Thätigkeit für Erringung des gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts ist selbstverständlich bei jeder Gelegenheit zu betreiben.

2. Die in Frage kommenden Landtagsabgeordneten Goldstein und Pitschau werden aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen.

Weiter wurde folgende Resolution mit erdrückender Mehrheit angenommen:

Die überaus stark besuchte Versammlung vom 13. April im Pantheon zu Leipzig missbilligt ganz entschieden das Vorgehen der Abgeordneten Raden, Pitschau u. a., sowohl gegen die Leipziger Volkszeitung selbst, als auch gegen die Person des Genossen Schoenlank. Sie spricht der Leipziger Volkszeitung und dem Agitationsteam für ihre Haltung in der Wahlrechtsbewegung ihre volle Sympathie aus und verwahrt sich dagegen, daß sie vom Agitationsteam oder von der Leipziger Volkszeitung terroristiert worden sei. Die Schreibweise der Zeitung, einschließlich der Wochenplauderei, unterzeichnet Cri-Cri, die „Hellsicht“ des Mandats betreffend, entspricht in allen Punkten den Ansichten der Versammlung.

Durch Annahme dieser Resolution waren drei weitere Resolutionen gefallen.

Der Verlauf der Versammlung war der folgende:

Genosse Grenz erstattete eingehend Bericht über die Landesversammlung. Er fühlte aus: Sie wissen, welche Spannung

der Landesversammlung vorausgegangen ist, und ich kann sagen, kein deutscher Parteitag hat solch Interesse herverufen, als diese Landesversammlung. Das zeigte sich an dem Interesse der bürgerlichen Presse an der Landesversammlung, zu der auch die Regierung amtliche Stenographen entsandt hatte. Die Partei war so stark vertreten, wie noch nie vorher. Nach den Beschlüssen einer früheren Landesversammlung kann jeder Wahlkreis höchstens 4 Delegierte wählen, das waren 92 Delegierte gewesen, einige Wahlkreise hatten jedoch nur zwei Delegierte entsandt, so daß sich die Zahl der Delegierten auf 82 stellte. Auch wenn die zehn Delegierten noch dagegen wären, hätte sich kein anderes Resultat ergeben.

Die Berichte sind in ihren Händen gewesen und kann ich mir einen eingehenden Bericht ersparen. Die bürgerlichen Blätter haben ja über den Verlauf der Verhandlungen ziemlich objektiv berichtet, an die Glossen, die sie angefügt, lehre ich mich nicht.

Welche Wichtigkeit der Frage der Mandatsniederlegung beigemessen wurde, beweist, daß die ersten beiden Tagesordnungspunkte so kurz behandelt wurden. Ganze zwei Stunden nahmen sie in Anspruch, während die Wahlrechtsfrage 1½ Tag in Anspruch nahm. Redner geht nun auf die einzelnen Punkte näher ein. Ohne Widerspruch wurde Genosse Dr. Schoenlank zum 8. Punkt als Vorreferent ernannt. Die beiden Referate waren so erschöpfend, daß in die Debatte neue Gesichtspunkte nicht mehr hineingetragen werden konnten. Geyer fasste sein Referat in der Resolution zusammen, die in den beiden wesentlichen Punkten, Beteiligung an den künftigen Landtagswahlen und Beibehaltung der Mandate, gipfelte. Schoenlank behandelte die Sache von einem anderen Gesichtspunkte. Wenn Geyer ein Bild entwarf, das bis in die kleinsten Details ging, so behandelte Schoenlank die Sache von großen Gesichtspunkten aus. Er ging nicht von Sachsen aus, sondern von dem Standpunkt der internationalen Sozialdemokratie, und kam zu dem Resultat, daß das Wahlgesetz ein Anfang sei zur Wegnahme des deutschen Reichstagswahlrechts. Nach den beiden Reden war die Sache schon entschieden, ja, sie war schon von vornherein entschieden, und man ging dann zunächst zu der Begründung der gestellten Anträge über. Ich kam unglücklicherweise zuerst zur Begründung meines Antrages zum Wort und ich muß sagen, ich habe Herzschlag gesprochen. Einmal, weil ich mich an eine bestimmte Zeit beim Reden nicht halten kann, und dann, weil ich das Gesetz hatte, für eine verlorene Sache zu reden. Man hat uns unseren Standpunkt verarbeitet, hat uns aber im Vorwärts zu unseren großen Protestversammlungen beglückwünscht. Und als man aus dieser Protestbewegung, in die Liebknecht und Bebel durch ihre Reden begeistert und anfeuernd eingriffen, die selbstverständlichen Schlüsse zog, bekämpft man uns und sagt, die an der Spitze gewesen sind, waren die Schuldigen. Er weise darauf hin, daß man von uns noch immer mehr verlangte als wir thaten. (Sehr richtig!) Das man uns so beteiligt hätte, für eine verlorene Sache zu reden. Man hat uns unser Standpunkt verarbeitet, hat uns aber im Vorwärts zu unseren großen Protestversammlungen beglückwünscht. Und als man aus dieser Protestbewegung, in die Liebknecht und Bebel durch ihre Reden begeistert und anfeuernd eingriffen, die selbstverständlichen Schlüsse zog, bekämpft man uns und sagt, die an der Spitze gewesen sind, waren die Schuldigen.

Er weise darauf hin, daß man von uns noch immer mehr verlangte als wir thaten. (Sehr richtig!) Das man uns so beteiligt hätte, für eine verlorene Sache zu reden. Man hat uns unser Standpunkt verarbeitet, hat uns aber im Vorwärts zu unseren großen Protestversammlungen beglückwünscht. Und als man aus dieser Protestbewegung, in die Liebknecht und Bebel durch ihre Reden begeistert und anfeuernd eingriffen, die selbstverständlichen Schlüsse zog, bekämpft man uns und sagt, die an der Spitze gewesen sind, waren die Schuldigen.

Fischer war in Leipzig in der Felsenellerversammlung und hat uns auch noch aufgerufen, denn er sagte, daß es nicht anders gehe, als die Mandate niederzulegen, und daß es eine Wahlbewegung werden müsse, wie in Belgien und in Österreich. Auf dem Parteitag war er anderer Meinung und griff die Leipziger Volkszeitung an. Er meinte, daß Grenz wohl nur im Namen eines kleinen Teiles der Leipziger Parteigenossen gesprochen habe. (Na, na!)

Redner schilderte weiter die Stellung, die die Genossen Rosenow und Grädiner einnahmen und meinte, Gerisch als Vertreter des Parteivorstandes habe verhöhnt gesprochen. Er gab beiden Teilen recht und war für die Mandatsniederlegung. Altermann-Freiberg glaubte, daß wir die zweite Wählerklasse gewinnen und dadurch Siche erobern würden, während Schmidt-Binsau darauf hinwies, daß wir dann Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien eingehen müßten, um Mandate zu erringen. Binsau hat sich die größte Zeit mit der Leipziger Volkszeitung und den Leipziger Genossen beschäftigt. (Zwischenruf: Von denen er gewählt ist!) Er stellte die Behauptung auf, daß die Genossen irregelmäßig worden seien und die Leipziger Volkszeitung gegenwärtige Meinungen unterdrückt habe. Rumentisch sprach er gegen die mit Cri-Cri unterzeichnete Wochenplauderei. Er (Redner) gebe zu, daß sich ein Landtagsabgeordneter durch die Wochenplauderei gekränkt gefühlt haben könnte. Ich gehe immer von meinem Standpunkte aus und da muß ich sagen, einer kann Spott vertragen, der andere nicht.

Raden, der erst auf dem Standpunkt der Beibehaltung der Mandate stand, ist, nachdem er nach dem neuen Gesetz Berechnungen angestellt hat, zu der gegenteiligen Auffassung gekommen. Er sprach die Überzeugung aus, daß in Sachsen es nur zwei politische Väter gebe. Zu einem Kompromiß kann es nicht führen, höchstens mit den Antisemiten. In Sachsen gilt aber die Arbeut, ihr Kapital. Redner verliest Teile der Rede Radens aus dem Bericht der Leipziger Volkszeitung und geht dann zu dem Auspruch Radens über, die Bitteraten über und meinte, es gäbe in der Partei auch Nichtlitteraten, die, nachdem sie hoch gekommen, sich nicht mehr erinnerten, was sie früher gewesen sind. (Sehr richtig!) Der eine Punkt, der in der Leipziger Volkszeitung stand, der dem Vorwärts den Vorwurf der Direktionslosigkeit machte, hat mir nicht gefallen. Das hat Raden auch erwidert; aber nicht den Grund und den will ich erwähnen. Die Sache war bei der ganzen Sachlage und dem entstandenen Streit erklärlich. Die Fraktion und das Centralagitationsteam sind an der Erfahrungsfähigkeit der Genossen schuld. Wenn ein derartiger Schlag geführt wird, dann müssen die an der Spitze stehenden Generale das Kriegsvolk einberufen, daß dann auch gemeinsame Beschlüsse gefaßt werden. Durch die lange Zeit, die dazwischen lag, war das schlecht zu machen, weil der eine hin und hergeschwankt und angeblich was gesagt hatte, von dem er nicht zurücktreten konnte. Solche Fragen müssen schnell erledigt werden, wenn sie einheitliches schaffen sollen. Möge die Partei beschließen, was und wie sie will, ich hoffe, daß es zum Wohle der Partei ausfallen möge. (Gebrochener Beifall.)

Der Vorsitzende Genosse Buhl verliest die eingangs wiedergegebenen Resolutionen des Agitationsteams und der Genossen Nitschmann, Küpler, Eller und Schirmer, die lebhaft unterstützt werden. Folgende vom Genossen Schmid eingeführte Resolution wurde nicht unterstützt. Sie lautet:

Die heute am 13. April 1896 tagende Parteiversammlung des 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreises spricht ihre schärfste Missbilligung gegen den Beschuß der Landeskongferenz aus in betreff der Wahlrechtsvorlage. Die Versammlung betrachtet die ganzen Verhandlungen der Konferenz als nichts anderes, als Ausstrahlung persönlicher Streitigkeiten zwischen der Schriftleitung der Leipziger Volkszeitung einerseits und der Fraktion andererseits. Die Versammlung ist weiter der Meinung, daß unter diesem Eindruck die Landeskongferenz zu einem beratigen Beschuß kommen mußte in Bezug auf Wahlrechtsvorlage. Sie erkennt aber an, daß dieser Beschuß keineswegs die Parteigenossen der beiden Wahlkreise bestreiteten kann, da doch der Hauptpunkt der ganzen Bewegung bezüglich der Wahlrechtsbewegung in Leipzig gelegen hat. Aus dieser Erkenntnis beschließt die heutige Versammlung, sich an die Resolution Lehmann und Genossen in Zukunft zu halten.

Der Vorsitzende ersucht die Redner, sich möglichst präzis und kurz zu fassen. In der Debatte erklärte Genosse Leitner: Er spreche als einfacher Arbeiter, der nicht mit leitenden Genossen in Verbindung kommt und wünsche, daß andere Arbeiter gleich ihm sich hier aussprechen. Er befürchtet, daß der Beschuß der Landeskongferenz hinderlich für die Entwicklung der Sozialdemokratie ist und einen fortgeschrittenen Lande wie Sachsen nicht entspreche. Es erscheine ihm vielmehr wie das kleinbürgerliche Verhalten einer Reformpartei. Es müsse ein Tadel ausgesprochen werden und die Abgeordneten durch die Mehrheit gezwungen werden, die Mandate niederzulegen.

Genosse Pitschau erkennt an, daß das Referat sehr sachlich war. Die Angelegenheit war sehr schwierig. Natur, er habe sich aber unschöner Ausdrücke nicht bedient und einen unparlamentarischen Ausdruck nicht gebraucht. Es waren verschiedene Fragen, die namentlich die Leipziger Genossen so umgeholt erregten, 1. der Termin der Einberufung der Landeskongferenz und 2. daß die Genossen der einzelnen Kreise das Recht haben sollten, die Mandate zurückzufordern. In dieser Frage stehen die Genossen in Deutschland nicht auf demselben Standpunkt wie die Genossen in Leipzig, selbst die Reichstagsfraktion ist in der Frage gespalten, und die Blätter sind für und gegen die Leipziger. Innerhalb des deutschen Reiches sind die Meinungen gespalten. Ich hatte Gelegenheit, am 8. März mit dem Agitationsteam zu sprechen und die Meinung zum Ausdruck zu bringen, daß ¼ in Sachsen gegen die Mandatsniederlegung seien. Gegen die zu späte Einberufung der Landeskongferenz haben nur Leipziger Genossen so gesprochen, andere haben keinen Protest dagegen eingelegt. Wenn man sie früher einberufen hätte, so hätte man den Vorwurf der geographisch ungünstig gelegenen Kreise hören müssen. Hätten wir der einen Seite Rechnung getragen, so hätten wir auf der anderen Seite Vorwürfe erhalten. Bei der Erteilung der Decharge stimmten außer den Leipzigern nur Neu-Deichmannbach dagegen. (?) Wir haben kein Tadelvotum erhalten, das wir hinnehmen müßten, man hat keinen Beschuß nach dieser Richtung gefaßt. Die Mandatsniederlegung ist keine Leipziger Frage, sondern gleich der Frage der Wahlbeteiligung eine Frage des ganzen Landes und nicht des einzelnen Kreises. Stellen Sie sich auf den Standpunkt, daß der einzelne Wahlkreis, der den Abgeordneten wählt, die Mandate zurückfordert, so hat dies eine Erfahrung zur Folge. Die Frage kann man nicht isolal erledigen, so daß zwei aus dem Landtag herausgehen, und die anderen drin bleiben. Soll die Sache Eiffel machen, so müssen Sie alle gehen. (Noch so!) Lebhafte Zustimmung. Sie machen es ja aber nicht! Wenn die zwei Leipziger Abgeordneten gehen, dann bleiben die 13 Männer drinnen. Dadurch wird aber die Frage verpusst, und so konnte man nur dazu kommen, daß das ganze Land dazu Stellung nehmen müßte.

Für die Leipziger Volkszeitung und die Leipziger Genossen ist es ja unangenehm, daß der Beschuß gefaßt worden ist. Es ist aber ihr gutes Recht, fortgesetzt für ihre Ansicht Propaganda zu machen. Ich sage, die Stimmung ist nicht durch die Leipziger Volkszeitung gemacht worden, sie war vorhanden, sie wurde aber gesteigert durch die Schreibweise der Leipziger Volkszeitung. Der Aufruf der Fraktion wurde an dem Tage, an dem er erschien, nicht zum Abdruck gebracht, die Leipziger Volkszeitung brachte vielmehr einen gegenteiligen Artikel und brachte den Aufruf am anderen Tage auf der fünften Seite mit Handgeschrein zum Abdruck. Das war ungehörig. Der Aufruf des Votasteam wurde gar nicht zum Abdruck gebracht. Schoenlank rief mir auf der Landeskongferenz zu, er habe ihn nicht zu geschickt erhalten, aber er stand im Sächsischen Volksblatt und darunter die Bemerkung: "Die Parteiblätter werden um Abdruck gebeten". Bis jetzt ist es so üblich gewesen, daß die Blätter solche Aufsätze abgedruckt haben, ebenso wie sie den Aufruf des Parteivorstandes aus dem Vorwärts abdrucken. Die Leipziger Volkszeitung war tendenziös gehalten und hat dadurch die Stimmung bis zu einem gewissen Grade tendenziös gesteigert.

Pitschau sieht dies an einer Reihe von Zitaten aus der Leipziger Volkszeitung nachzuweisen, und führt dann fort: Wenn die Niederlegung der Mandate stattfindet, ist gleichgültig (Nein), ob wir 14 Tage früher oder später niedergelegt, ist ganz egal (Nein), das ist meine Meinung. Die Schreibweise der Leipziger Volkszeitung wird nicht gebilligt, wie Grenz selbst sie nicht billigt (In einem Punkt nicht). Selbst ein Delegierter habe gesagt, er habe gegen die Schreibweise der Leipziger Volkszeitung einiges auszuweisen. Die Wochenplauderei bestreßt gebe ich zu bedenken, daß der Streit ein schwieriger ist, der innerhalb der Partei entbrannt ist; dann darf das Parteiblatt nicht unter Striche zum Null beurteilt werden. (Aufruf: Heilig ist das Mandat.) Ich billige das Wort auch nicht, aber Schoenlank hat auch von einem heiligen Kampf gesprochen und im Socialistenmarsch spricht man auch davon. Man hat in der Plauderei die Landtagsabgeordneten mit Handelscommiss verglichen, die hinten hinausgeworfen werden und vorne wieder hineinkommen. Ich stehe seit Anfang der siebziger Jahre in der Parteibewegung, habe große Opfer gebracht und könnte heute eine andere Stellung einnehmen, ich habe die Partei auf Kongressen vertreten und mehrfach dabei Geld zugesetzt, z. B. auf dem Internationalen Kongress in Paris, und da sagt man von Kleben an den Diäten, (Aufruf: An den Mandaten!) Wenn man so behandelt wird, das soll uns nicht verbittern? Von den vielen anonymen Briefen, die der Fraktion zugegangen sind, will ich nicht reden. In der Zeit von 15 Jahren sind noch nie die Genossen so angegriffen worden, wie es jetzt der Fall war.

Sie werden von mir nicht verlangen, daß man mir zunutzt, wegen der 300 bis 400 Mk, die man jährlich von den Diäten erbringt, meine Überzeugung aufzugeben. Ich habe meinen Antrag gegen die Leipziger Volkszeitung auf der Landeskongferenz zurücksogen und habe jetzt daraus verzichtet, den Antrag, den ich in Dresden angekündigt hatte, hier einzubringen.

Kleine Chronik.

Leipzig, 14. April.

8. Adam und Eva hinterm Vorhang. Unter dieser Spieldurke berichteten wir vor einigen Tagen aus Mainz, daß das Albrecht-Dürer zugeschriebene prächtige Bild in der städtischen Gemäldegalerie: Adam und Eva im Paradiese darstellend, auf Anraten des Kettors der höheren Mädchenschule, des Herrn Professors Römhild, dessen höheres Sittlichkeitssgeföhrl an der reinen Nachtheit dieses Meisterwerkes Anstoß nahm, mit einem grünen Vorhang versehen worden ist, den man nach Belieben auf und zu ziehen konnte. Der famose Vorhang erregte selbstredend erste Sensation, und nie ist das Bild eingehender besichtigt worden. Die städtische Museumsdeputation lädt nun erklären, daß sie keinen Auftrag zu der Verhüllung gegeben habe, daß sie vielmehr einem einzelnen Mitgliede, dem freisinnigen Stadtverordneten Fischer, zuschreiben sei, der auf eigene Faust dem feurigen Schulmannen vollzählig gewesen sei. Das richtige Wort in dieser Angelegenheit hat nunmehr Herr Oberbürgermeister Dr. Gaßner gefunden. Er ließ gestern dem famosen Herrn Fischer mitteilen, daß, falls der Vorhang von dem Bild entfernt werde, er ihn eigenhändig herunterreißen werde. Das half, denn die Enthüllung ist sofort entfernt worden.

— Für das Helmholz-Denkmal sind bis zum 1. April d. J. 5000 Mark bei der Berliner Sammelstelle eingegangen.

Humoristisches.

In einem Dorfwirtschaftshaus geraten der Bürgermeister und der Totengräber in Streit, wobei letzterer den ersten unter den Tisch wirft. „Dees sag' i' Dir,“ ruft in dieser verzweifelten Situation der Bürgermeister dem Totengräber zu, „so lang i' in der G'meld' was i' sag'n hab', grabst mi' Du nöt ein!“ (Gl. Gl.)

Weinhändler (der in einem Restaurant einen sehr schlechten Wein bekommt): „Wenn ich jetzt sicher würde, daß der Wein nicht von mir ist, dem Wirt würde ich meine Meinung sagen!“

Schrecklich! „... Du kennst Du mich schlecht, Anton, wenn Du glaubst, ich reagiere auf Deine Stiche! ... Ich werde nicht zu weniger Mutter zurückkehren, aber — einzagen werd' ich sie!“

Sie mögen von mir denken wie Sie wollen, ich habe gehandelt im Interesse der Partei. Der Ausdruck vom anarchistischen Standpunkt der Leipziger Genossen war so gemeint: wenn die Partei gesprochen hat, muß sich die Minorität führen. Schon öfters sind in der Partei Minoritäten gewesen, sie haben sich gesagt. Bebel hat sich gefügt und als Grillsberger auf dem Frankfurter Parteitag sagte, wir führen uns nicht, da rief ihm Auer entgegen: "Grillo, da kenne ich Dich besser, Du fügst Dich!" und er hat sich gefügt. Die Stimmung für die Leipziger ist günstiger geworden, während die Fraktion früher einig in der Frage war, ist sie jetzt gespalten; siehe Laden und Goldstein. Die Fühlung mit den Parteigenossen habe ich nicht verloren. Es fragt sich, ob die Taktik im sächsischen Landtag die gleiche als bisher bleiben wird. Als die Fraktion im Reichstag klein war, trat sie mehr negativ in die Erscheinung, als sie stärker wurde, arbeitete sie positiv mit.

Ein Kleber, der aus anderen Gründen, als aus Überzeugung sein Mandat beibehält, das ist ein politischer Lump, wir sind als Kleber bezeichnet worden, und ein Kleber ist doch ein Lump. (Das ist doch stark!) Ori-Ori hat es im Privatgespräch gesagt, daß das Leben durch pluriäre Momente beeinflußt sei. (Hat's aber doch nicht geschrieben!) Sie mögen ungeahnt über meine Auffassung sein, aber ich habe es aus meiner Überzeugung gethan. (Bereinzelter Beifall.)

Genosse Kloß bezeichnet den Beschluß der Landesversammlung als ein Leichentuch für ein mehrliches Begräbnis, das wir uns selbst bereiten, und führt dann aus: Wenn Sie sich an den Landtagswahlen beteiligen, dann wird man es als Zufriedenheit mit der Wahlrechtsänderung betrachten und weiter greifen nach dem Reichstagswahlrecht. Ein solcher Beschluß, wie ihn die Landesversammlung gesetzt hat, würde auf einem deutschen Parteitag nie und nimmer gesetzt worden sein. Man muß immer wieder zeigen, wie man mit dem Gesetz nicht zufrieden ist, dann wird es so gehen, wie mit dem Sozialisten gesetzt, daß man fallen lassen müsste, da man mit der Peitsche nichts austrichten konnte. Er wunderte sich, daß noch niemand prinzipiell Pöhlans Abstimmung beprochen hat. Er begreife es nicht, wie ein Genosse, der von Leipzig in den Landtag gewählt wurde, für die Mandatsbeibehaltung stimmen könnte, im Gegensatz zu seinen Wählern. Wenn er den individuellen Standpunkt vertrete, daß seine Meinung über der Meinung seiner Wähler steht, dann ist er ja auch "Anarchist", er stellt seine Meinung über die der Gesamtheit. Er hoffe, daß unsere Abgeordneten, die von uns gewählt sind, dafür sorgen, daß der Beschluß der Landesversammlung so bald wie möglich umgestoßen wird.

Genosse Schoenlank: Die Sache ist für Leipzig schon so gelöst, daß man sagen könnte, sie sei entschieden. Doch es ist notwendig, daß ich kurz resümieren, wie wir uns verhalten haben und wie unsere Stellung eine notwendige Konsequenz des Gangs der Dinge gewesen ist. Es steht fest, daß weite Kreise in der Provinz nicht richtig über die Meinung der Leipziger Genossen unterrichtet wurden, und daß die, die über die Leipziger Volkszeitung so drakonisch abgeurteilt haben, das Blatt nur dem Namen nach gekannt haben, und daß viele deshalb mit Voreingenommenheit zur Landesversammlung kamen. Pöhlau hat eine objektive Unwahrheit gesagt, wenn er behauptet, daß der größere Teil der Parteipresse nicht unseren Standpunkt teile. Ich will nur mit den sächsischen Blättern anfangen; die Sächsische Arbeiterzeitung war für Niederlegung der Mandate, die Wurzener Zeitung, das Sächsische Volksblatt ebenfalls, nur der Chemnitzer Beobachter, dessen an die Gasse ausrüttelnden Ton gegen uns Sie ja kennen, und die Bützendorfer Volksstimme, die mit großer Sachlichkeit die Frage behandelt hat, waren gegen die Mandatsniederlegung. Die außersächsische Parteipresse, der Vorwärts an der Spitze, hat sich für die Niederlegung der Mandate erklärt. Mit dem Vorwärts sind wir nur in Konflikt gekommen wegen der Frage der Einberufung der Landesversammlung. In der Schwäbischen Tagwacht erschien eine mit K. unterzeichnete Zuschrift, die für die Beibehaltung der Mandate eintrat. Wir hielten sie für so unbedeutend, daß wir sie Genossen Rautenkampf gar nicht zutrauten. In einem anderen in der Schwäbischen Tagwacht veröffentlichten Artikel hat ein anderer Genosse unseren Standpunkt vertreten. Es ist ferner nicht wahr, daß die Reichstagsfraktion in dieser Frage in zwei gleiche Teile gespalten sei. Schon am 15. Februar haben wir sehr hervorragende Genossen gesagt: "Die Leute müssen heraus aus dem Landtage," man solle mit ihnen in Berlin darüber verhandeln. Aber ich operiere nicht mit Autoritäten wie Pöhlau und ich verzichte darauf, Privatgespräche so wie dieser auszuschließen. Pöhlau hat heute so faust gesprochen und die Leipz. Volksztg. mit den Genossen als so sehr in der Minderheit befindlich hingestellt. Das ist nicht richtig. Sie kennen die Abstimmungstabelle der Dresdener Konferenz, nach der die Vertreter von 44,5 Proz. der sozialdemokratischen Wähler sich für Mandatsniederlegung und die Vertreter von 35,3 Proz. der Wähler sich gegen Mandatsniederlegung erklärt haben. Der Rest war gespalten, weil deren Delegierte in der Abstimmung sich trennten.

Wir haben den Beschluß gesetzt, die Landesversammlung innerhalb 14 Tagen einzuberufen. Man hat vom Agitationsteam aus auf die Lausitz und ähnliche Bezirke Rücksicht genommen und gesagt, daß diese erst aufgelöst werden müssten. Aus den kleinsten Kreisen, die nie einen Abgeordneten zum Landtag oder Reichstag gewählt haben, die, wie die drei Kreise der Kreishauptmannschaft Bautzen, zu den allgemeinen deutschen Parteien einen Delegierten gemeinsam entsenden, die zu unseren Landesversammlungen keinen oder höchstens einen Vertreter delegiert haben, hat man vier Delegierte gebracht. Dazu brachte man bei, um diese Bezirke mobil zu machen. Sehen Sie doch bitte mit 29,2 Prozent sozialdemokratischen Reichstagswählerstimmen und vier Delegierten, Bautzen mit 26,2 Prozent und vier Delegierten, Bautzen mit 17,6 Prozent mit gleichfalls vier Delegierten. Und so geht das glatt weiter. Eine geschlossene Mehrheit war schon da, die Fraktion hat gewußt, weshalb sie die Konferenz verschleppt hat. Die Landeskongressfahrt slog wie ein Fangball zwischen Centralagitationsteam und Fraktion hin und her. Fischer, damals der entschiedene Vertreter der Mandatsniederlegung, erklärte, die Frist sei kurz, aber daß die Einberufung unmöglich sei, hat er nicht gesagt. Dann kam — die Verschiebung um sechs Wochen. Man hat im Felsenkeller ein seltsames Spiel erlebt. Fischer hat umgeschwenkt, er hat seine Ansicht sehr schnell gewechselt und gesagt: Ja, wenn der Landtag aufgelöst werden wäre, dann wäre die Landesversammlung einzuberufen worden. Also bei einer Landtagsauflösung geht's, bei einer Wahlrechtsverschlechterung, bei einer Wahlrechtsentziehung drängt es nicht. Wenn der Reichstag aufgelöst war, hätte man dann wohl auch sechs Wochen nach der Wahl die Mandaten auf einer Konferenz aufgestellt? Dann macht Pöhlau uns zum Vorwurf, daß wir unsere Ansicht entschieden zum Ausdruck gebracht haben. Wenn Sie das Quatral

der Volkszeitung hinnehmen, dann finden Sie, daß wir ganz sachlich gehandelt und geschrieben haben. Die Fraktion hat nicht eingegriffen, sie ließ die Initiative fehlen. Im Felsenkeller baute man der Fraktion goldene Brücken, sie lehnte es aber ab. Wenn die Leipziger nicht gewesen wären, dann hätten wir heute noch keine Landesversammlung gehabt. Wenn wir erst eine Kreispolitik in die Bewegung hineintragen, wenn wir darauf verzichten, mit Schärfe und Wärme eine Ansicht zu verfechten, dann werden uns die Genossen verachten. (Bei diesen Worten fällt der Auftakt des Rednerpulses auf den Boden.) Das thut nichts, meine Herren, auf ein bißchen mehr oder weniger Umsturz kommt es bei uns nicht an. (Große Heiterkeit.) Was hat Pöhlau vorgebracht zur Begründung seines Antrages, den er in Dresden zurückzog, und den er hier nicht eingebracht hat, trotz seiner Erklärung in Dresden?

Es scheint jetzt der Glaube anzukommen, daß man die Abgeordneten als Heilige betrachten müsse. Ja, es bleibt schon ein Abgeordneter-Majestätsbeleidigungsvorgerufen, man holt schon burokratische Formen hervor, der Byzantinerstil wird Mode. Pöhlau beschwert sich, daß der Aufruf auf der linken Seite steht. Er solle nach der Usance an der Spitze stehen. Aber wo ist es denn vorgeschrieben, daß er an die Spitze kommen muß?

Und wie exakt Pöhlau ist, zeigt sich daraus, daß der Aufruf auf der ersten Seite der Beilage an der Spitze des Sächsischen, auf der dritten Seite der Nummer zu lesen ist. Aber dieser Aufruf bedeutete, daß die Fraktion auf die Plagnauer Beschlüsse nicht einging, das sie sie verschleppte. Erst sollte die Leipziger Partei überhaupt zu der Frage der Beleidigung dieser verschleppten Konferenz Stellung nehmen. Man weiß, daß die Beleidigung um ein Haar abgelehnt worden wäre. Sobald wir beschlossen, uns zu beteiligen, hat der Aufruf an der Spitze des Blattes gestanden. So erklärt sich auch die Mandatsvermerkung, die an den Aufruf geknüpft war, daß wir zu der im Krähwinkler Landsturmtempo erfolgten Einberufung der Landesversammlung schon hinreichend unsere Stellung gekennzeichnet hätten.

Ich habe schon erklärt, daß ich den Aufruf der Lokalkommission nicht erhalten habe. Es ist gut, daß man uns auf das dreimal wöchentlich erscheinende Sächsische Wochenblatt verwieß, aus dem wir den Aufruf der Lokalkommission abdrucken sollten. Es scheint eine Klassenteilung von sächsischen Blättern zu bestehen, der fraktionsfreudlichen, die bevorzugt werden, und die anderen, wie die Leipziger Volkszeitung, das größte sächsische Parteiblatt, mit 21.000 Abonnenten, bekommen es nicht direkt. Es ist keinem Landtagsabgeordneten eingefallen, das Verbot der Wahlrechtsliga in Leipzig im Landtag vorzubringen, sowie zu der Versammlung im Pantheon am 11. März zu erscheinen. Auch bei dem Etat der Leipziger Polizei hat man der Wahlrechtsliga keiner Erwähnung gethan. Wenn ein Grund war, zu klagen, dann hatten die Leipziger Genossen hierzu ein Recht.

Laden hat bei seinen unqualifizierbaren Angriffen sich gesagt: Vorsicht ist der Tapferkeit beider Teile, und hat erklärt, daß er mich nicht gemeint habe. Wer mich kennt, der weiß jedenfalls, daß mich derartige Anzapfungen nicht treffen. Geyer hat als Staatsmann gesprochen, Pöhlau als Polsterer, und Laden, der Vorsitzende der Fraktion, der Vorsitzende der Konferenz, erhob die schwersten Vorwürfe gegen Delegierte, gegen alte Parteigenossen. Es ist bezeichnend, daß die Leipziger Neuesten Nachrichten, das Bismarckblatt, Laden beifall gezeigt hat. (Zwischenruf: Das genügt! Beifall genügt!) Schoenlank: Nein, ich habe noch mehr! (Zwischenruf: Der Beifall genügt.) Es ist soweit gekommen, daß man sich nicht mehr gegen die Gegner zu wehren hat, sondern gegen die Angriffe der Genossen die Presse- und Meinungsfreiheit zu verteidigen hat. Aber wir währen uns das Recht der Kritik nach allen Seiten. Solange das Centralorgan seine Aufgabe als solches erfüllt, allen Respekt vor ihm! Geht es aber so vor wie geschehen, wehren wir uns und währen unseren Standpunkt. Die Frankfurter Zeitung lobt den Dresdener Beschluß und schreibt: "Nach unserem Erachten hat der Dresdener Parteitag die Streitfrage glücklich erledigt; einmal werden die Landtagswahlen eine fruchtbare Vorarbeit, ein Egerzieren im Feuer für die Reichstagswahlslacht sein, dann aber ist bei der Art der sächsischen Klasseneinteilung und bei der geheimen Abstimmung sowohl der Urwähler wie der Wahlmänner durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Sozialdemokratie eine Anzahl Sitze im Landtag dauernd behaupten wird." Soweit haben wir es schon gebracht, daß der Erfolg als möglich hingestellt und das Wahlrecht verschleiert wird. Wenn uns die Gegner loben, dann haben wir sicher eine Dummheit gemacht.

Laden griff uns persönlich auf das unerhörteste an und gab uns fachlich Recht. Wenn die Landtagsabgeordneten bei der Frage der Wahlbeteiligung den Geschmack gehabt hätten, nicht mitzustimmen, wäre die Minderheit hierfür eine noch größere gewesen. Die Fraktion kann unmöglich im Landtag bleiben; sie wäre kein starkes Vollwert, sondern sie würde hingestellt werden als die Gruppe königlich sächsisch eiskalter Sozialdemokratie. Wenn sie erklären, daß sie im Landtag bleiben, dann kriegen wir wie in England Seiner Majestät allergetreueste Opposition.

Es gehört ein besonderes Gusto und eine starke politische Verbündungsfähigkeit dazu, im Landtag zu bleiben, nachdem eine so starke Minderheit der Parteigenossen Sachsen, darunter alte Parteiteile, sich gegen den Verbleib der Abgeordneten in der Kammer erklärt hat. Wie stehen denn aber die Kreise, die für Beibehaltung der Mandate sind?

Dasselbe Chemnitz, das sich für den Sedan feiernden Seifert mit 192 gegen 116 Stimmen erklärt hat, entscheidet jetzt auch gegen uns. Mit 192 gegen 116 Stimmen ist im September 1895 in Chemnitz die Resolution, die Seiferts Rücktritt von der Kandidatur verlangte, abgelehnt worden. Die Resolution, die in Seiferts Vorgehen einen schweren taktischen Fehler erblickt und ihm entschiedene Missbilligung ausspricht — ohne seinen Rücktritt zu fordern, wurde gegen 10 Stimmen angenommen. Die Partei kann keine große Versammlung abhalten, weil ihr kein größerer Saal zur Verfügung steht. Die Konsumvereine und die Konfirmandenvereine haben die größten Säle zur Verfügung . . .

Wenn man die Agitation so betrieben hätte wie hier, dann hätte man auch im Lande andere Resultate. Pöhlau's Vorwurf betrifft unserer Berichterstattung ist unwahr, wir haben jede Versammlung, jeden Beschluß zur Wahlrechtsfrage, der uns bekannt, registriert. Wir haben in Leipzig große Versammlungen einberufen, um die Befürworter der Mandatsbeibehaltung zu Worte kommen zu lassen, und große Berichte darüber veröffentlicht. In den Orten, wo sie gegen die Niederlegung waren, hat man mit einer Ausnahme keinen Freund für die Mandatsniederlegung als Referenten bestellt. Entscheiden

Sie, wie es Ihrem Karren Bewußtsein entspricht, lassen Sie sich nicht durch Leidenschaft leiten, sorgen Sie dafür, daß die Wahlbewegung nicht ohne Erfolg ausgeht, daß der große Kampf beginnt nicht bei den nächsten Landtagswahlen, sondern daß wir bei jeder Wahl, wo wir Erfolg haben, uns beteiligen und Siege erringen, daß wir bei der Landtagswahl die intensivste Agitation für das allgemeine Wahlrecht, gegen das Dreiklassenwahlrecht durchführen. Wollen die Fraktionen nicht die Märtyrer, sondern die Prügelsnaben der Reaktion sein, so mögen sie's tragen. Wir wollen kämpfen für das allgemeine Wahlrecht, mit großen Mitteln für eine große Sache. (Stürmisches Beifall.)

Genosse Geyer: Es war ja vorauszusehen, daß die Leipziger Genossen sich bei dem Beschuß nicht beruhigen würden. Schoenlank hätte sich seines Wortes besser erinnern sollen, er wollte die Streitigkeit begraben (Schoenlank: Ja, die persönlichen Streithändel.) Ich habe nicht als Staatsmann, sondern rein sachlich gesprochen und gegen Schoenlank habe ich mich nicht gewendet. Grenz hat sich darüber aufgehoben, daß wir beide kein Schlusswort gehalten haben; wir haben uns verständigt, weil die Frage bereits entschieden war. Ich weise die Behauptung zurück, daß die Fraktion die Einberufung verschleppt habe, um die Lausitz zu gewinnen. Die Landtagsfraktion hat keine öffentliche Versammlung abgehalten und mit der Lausitz nicht verhandelt. Die Leipziger kamen auch mit gebundenem Mandat nach Dresden, weil die Meinungen in der Sache geklärt waren.

So hat man es aubürtig auch gemacht. Ich erinnere daran, daß die Frage für so wichtig gehalten wurde, daß die Reichstagsfraktion sich mit ihr beschäftigte. Mit dem Aufruf des Lokalkomitees hat die Fraktion nichts zu thun, denn sie war nicht mehr in Dresden zusammen. Dafür ist das Lokalkomitee und Laden verantwortlich. Die Frage der Wahlrechtsliga schwieb noch, als wir beim Etat des Ministeriums des Innern waren. Während der Verhandlungen kam erst die Entscheidung der Oberbehörde (Zwischenruf: Kann man da nicht trotzdem die Polizei kritisieren?) und wenn man eine Sache angreift, dann muß man sie auch von der anderen Seite betrachten. Ich will es aber nicht thun, um die persönliche Streitigkeit zu begraben. Kompromisse im Landtag zu schließen, ist ganz unmöglich, und ich habe mich auf der Landesversammlung sehr energisch gegen einen Kompromißgedanken gewehrt. Das Interesse an der Wahlbewegung muß aber gefördert werden, und das kann man durch die Wahlbeteiligung eher erreichen, als durch die Abstimmung. Die Fühlung mit den Genossen habe ich nicht verloren. In dem Augenblicke, wo wir die Fühlung mit den Genossen verloren hätten, wäre das Tischtuch zwischen beiben zerhauen. (Zwischenruf: Pantheonversammlung!) In den Tagen, wo die Versammlung tagte, war der Etat des Ministeriums des Innern dran, wobei mehrere ältere Parteigenossen stark engagiert waren. Suden mußte man die jüngeren Genossen genau unterrichten und über die einzuschlagende Taktik öfters Fraktionssitzungen abholten. Das macht bei uns noch mehr Arbeit als in der Reichstagsfraktion. Und außerdem hätte man berücksichtigen müssen, daß manche Genossen zwei Mandate haben. Glauben Sie denn, daß wir nicht erschienen sind, weil wir uns fürchtet hätten? Ich verlange den Nachweis, daß ich die Fühlung mit den Genossen verloren habe. Wollen Sie jemanden wegen seiner Meinung verurteilen und verdammen, dann thuen Sie es.

Genosse Buhl verließ darauf zwei eingegangene Resolutionen. Die eine, die Genosse Pollender eingebracht hatte, lautet:

Die Parteiversammlung des 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreises akzeptiert von den Beschlüssen der Landesversammlung lediglich den Passus, daß es die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei ist, ununterbrochen und unter Aufwendung aller Kräfte für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Landtagswahlen zu wirken, erblickt aber in den Beschlüssen der Landesversammlung, betreffend die Mandatsbeibehaltung und Wahlbeteiligung unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlsystems, einen schweren taktischen Fehler. Da die Frage der Taktik bei Wahlen keineswegs eine Frage speziell sächsischer Partei Bedeutung ist, sondern von ihr die Entwicklung der ganzen Partei Deutschlands beeinflußt wird, beschließt die Versammlung, über die Fragen der Mandatsbeibehaltung und der Wahlbeteiligung unter dem Dreiklassenwahlsystem die Entscheidung des nächsten deutschen Parteitages anzuregen.

Die zweite Resolution, die Genosse Kloß einbrachte, lautet:

Die heutige Parteiversammlung des 12. und 13. Reichstagswahlkreises fordert von den von Ihnen gewählten Landtagsabgeordneten, daß sie mit aller Energie dahin wirken, daß sämtliche sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten ihre Mandate niederlegen. Können sie dies nicht mit ihrer Überzeugung vereinbaren, so mögen sie ihr Landtagsmandat selbst niederlegen.

Nunne wurde der vorgerückte Zeit wegen um 11 $\frac{1}{4}$ Uhr die Debatte geschlossen.

Hierauf wurde zuerst über den Antrag des Agitationsteams abgestimmt und der erste Abschnitt gegen 5 Stimmen, der zweite Abschnitt gegen etwa 80 Stimmen angenommen. Gegen die gleiche Stimmenzahl wurde die zweite Resolution angenommen und die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Aus der Partei.

S. Mainz, 12. April. In einer gestern stattgehabten Parteiversammlung wurde ein Lokalkomitee gebildet, das die Agitation für die bevorstehende Landtagswahl in der Stadt Mainz und im 9. rheinhessischen Landtagswahlkreis (Ingelheim-Hinsheim-Gansenheim) in die Hand nehmen soll. Die beiden Mandate der Stadt Mainz hat die Partei zu verteidigen, das letztere Mandat will sie erobern. Bezuglich der Maifeier wurde beschlossen, am 1. Mai in einer Volksversammlung zu demonstrieren und am 3. Mai in der Stadthalle das seit Jahren übliche Maifest abzuhalten.

Parteillitteratur. Der Verlag des Süddeutschen Postillon, Genosse W. Ernst, München, teilt uns mit, daß gleich wie in den vergangenen Jahren, so auch in diesem die Nummer 9 des Süddeutschen Postillon als Maifestnummer erscheinen wird.

Veranstaltungskalender.

Dienstag: Volksversammlung. Schlesisches, 2. Schuljahr. Abends 9 Uhr. T.O.: 1. Die politische Lage. 2. Diskussion. Referent: Reichstagabgeordneter Friedrich Geyer.
Verein für Naturheilkunde E. West. Abends 9 Uhr im Vereinsraum. Generalseminar.
Fischer. Abends 9 Uhr im Universitätskeller, Ritterstr. 7.
Wittwoch: Mainz, Abends 9 Uhr im großen Saale der Mora. Weinmühlen. T.O.: 1. Vorlage des neuen Tarifs. 2. Stellungnahme Peters.
3. Aufnahme neuer Mitglieder zum Vorstand.
Maurer. Abends 9 Uhr im Saale des Rathauses. T.O.: 1. Abrechnung vom Unterhalbjahrsende. 2. Der am 4. Mai 1896 zu Berlin stattfindende Generalversammlung. 3. Statistik, betreffend die am 4. April gesetzten Studien. 4. Stellungnahme zur diesjährigen Maifest.

Mathilde Güntherine Friederike Luise, Almoschenempfängerin, 58 J. 7 M. 8 T. — Sworowski, Adelbert, Arbeiter, 58 J. 11 M. 20 T. — Mäntele, Christian Heinrich, Schuhmacher, 53 J. 9 M. 10 T. — Werner, Gustav Max, Maurers S., 5 M. 2 T. — Herzog, Friedrich, Aug., Zimmerer, 51 J. 7 M. 9 T. — Pörrmann, Helena, Olga Ella, Produktionshändlers S., 1 J. — Biebler, Gottlob Heinr., Kammachermeister, 66 J. 3 M. 28 T. — Ullner, Emil Paul Richard, Buchbinder, 20 J. 9 M. 20 T. — Peßelt, Luise Marie, Arbeiterin, 23 J. 1 M. 12 T. — Kühlborn, Frieder. Wilh., Maurer, 63 J. 7 M. 13 T. — Draganski, Elsa, Fleischer S., 2 J. 11 M. 3 T. — Lehn, Ernst Paul, Schuhmacher, 56 J. 7 M. 28 T. — Strickroth, Herm., Bildbauer, 20 J. 6 M. 17 T. — Thiele, Amalia Luise geb., Haferkorn, Tischlermeisters Witwe, 77 J. 2 M. 26 T. — Focke, Friederike Henriette, verw. gewei. Flebler geb., Holzmann, Privatmanns Witwe, 74 J. 9 M. 22 T. — Weichold, Heinr. Jul. Ernst, Zimmermeister, 60 J. 2 M. 20 T. — Böhme, Heinrich Herm., Kürschnere, 74 J. 8 M. 8 T. — Landmann, Adele Anna geb., Dieckhoff, Kaufmanns Ehefrau, 48 J. 7 M. 14 T. — Edelst., Johanna Wilhelmine geb., Wagner, Müller's Witwe, 70 J. 1 M. 9 T. — Lindner, Johann Friedr., Traugott Wilh., Schlosser, 26 J. 10 M. 5 T. — Werner, Jul. Wolbemar, Verlagsbuchhändler, 69 J. 1 M. 20 T. — Munkwitz, Otto Nob., Zimmermann, 34 J. 11 T. — Unterbauer, Friederike Emilie, Plättnerin, 56 J. 2 M. 8 T. — Rothbarth, Friedr., Karl, Kellner, 24 J. 11 M. 18 T. — Böckert, Johanna Sophie geb., Böhme, Handarbeiterin Witwe, 87 J. 3 M. 28 T. — Knabe, Sophie Friederike geb., Fleischer, Markthelfers Witwe, 69 J. 7 M. 14 T. — Roscher, Franz Wolbemar, Kaufmann, 58 J. 1 M. 28 T. — Zusammen 90 Todesfälle (einschließlich 5 uneheliche und 4 togeborene Kinder).

Standesamt II

Umfaßt die Stadtteile Neudnitz, Ander-Grotendorf, Volkmarßdorf, Gitterhausen, Neuellerhausen, Neuschönfeld, Neustadt, Neureudnitz, Thonberg.)

Geschlechterungen: Elswanger, Paul Gustav, Mechaniker in Volkmarßdorf, mit John, Marie Elisabeth, in Neuellerhausen. — Habsch, Robert Karl, Lehrer in Niedenstein, mit Dittmayer, Selma Elisabeth, in Neudnitz. — Trillmich, Richard Adolf Max, Postassistent, mit Schoen, Gertrude Vanessa Margarete, in Neudnitz. — Böhme, Franz Rich., Handlungsbetreuer in Leipzig, mit Bacharias, Wilhelm und Anna, in Volkmarßdorf. — Schanz, Friedrich Herm., Lehrer in Thonberg, mit Wehmeyer, Anna Marie Wilh. Emilie, in Neudnitz. — Heinze, Clemens Fürchtegott, Commiss in Leipzig, mit Freyberg, Maria Martha, in Neudnitz. — Rehler, Franz, Vol. Paul, Buchdrucker in Neustadt, mit Lutzke, Anna Emilie, in Volkmarßdorf. — Dröbbs, Berthold Arnold, Schuhmacher, mit Püssly, Marie Therese Wilhelmine, in Neudnitz. — Kunze, Kurt, Friedrich Wilhelm, Buchbinder in Leipzig, mit Rieke, Anna Emilie, in Neudnitz. — Weidner, Friedr. Alwin, Schuhmacher in Neudnitz, mit gesch. Hümmerich geb. Obst, Pauline Alwine, in Neuschönfeld. — Bachmann, Franz Louis, Heizer, mit Poeth, Armida Paula, in Neuschönfeld. — Ernißch, Georg Julius Friedrich, Silberarbeiter in Halle a. S., mit Köpke, Anna Ernestine, in Volkmarßdorf. — Noritzsch, Hermann Ernst, Eisenbahnarbeiter, mit Heldler, Marie Helene, in Volkmarßdorf. — Hößlitz, Ernst Herm., Hausdiener in Leipzig, mit Köhler, Marie, in Volkmarßdorf. — Leutsch, Heinrich Richard, Buchbinder in Neudnitz, mit Heyne, Pauline Anna, in Neureudnitz. — Krause, Karl Paul, Schuhmacher, mit Krause, Ida Bertha, in Neudnitz. — Schindler, Friedr. Franz, Markthelfer, mit Gehner, Maria Anna, in Volkmarßdorf. — Helbig, Paul Ernst, Oberkellner in Chemnitz, mit Leistner, Selma Martha, in Neustadt. — Thässler, Friedrich Emil, Buchdrucker in Volkmarßdorf, mit Henkel, Marie Luise, in Neustadt. — Stod, Theob. Emil, Posthilfsbot in Leipzig, mit Tinzenmann, Anna Susanna, in Lindenau. — Schniebs, Friedr. Reinhold, Schriftschriften in Neudnitz, mit Gude, Helene Anna, in Bittau. — Schreyer, Richard Karl, Handarbeiter, mit Kämper, Marie Clara, in Volkmarßdorf. — Spalethols, Friedrich Emil, Arbeiter, mit Schröter, Emilie Johanna Friederike, in Leipzig. — Berthold, Franz Herm., Theodor, Buchhandlungsgeschäft, mit Trebitsch, Eine Anna, in Leipzig. — Richter, Friedr. Bernhard, Briefträger in Görlitz, mit Schneider, Johanne Wilh. Auguste, in Neudnitz. — Döbler, Otto Franz, privat. Schönwirt, mit Thielecke, Hermine Marie, in Neudnitz. — Stözel, Hugo Paul, Kaufmann in Neudnitz, mit Strube, Minna Luise, in Radebeul. — Hasssteiner, Johann Nepomuk, Postillon in Neudnitz, mit Dögel, Martha Helene, in Thonberg. — Prätorius, Otto Anton, Fabrikarbeiter, mit Franke, Pauline Anna, in Volkmarßdorf. — Nämmer, Robert, Bauarbeiter in Lindenau, mit Amsus, Ida Elisabeth Margareta, in Neudnitz. — Bahn, Paul Oskar Max, Buchhalter in Ander-Grotendorf, mit Märs, Pauline Jenny, in Neudnitz. — Wilsert, Hermann Karl, Metallarbeiter in Volkmarßdorf, mit Grau, Anna Clara, in Neuellerhausen. — Böhme, Max Emil, Ballonfahrer, mit Abicht, Marie Martha, in Sellerhausen. — Michael, Karl Heinrich Max, Schlosser, mit Weiß, Wilhelmine Anna, in Neustadt. — Hößler, Karl Richard, Markthelfer, mit Sieger, Anna Ernestine, in Neudnitz. — Wenzel, Karl Richard, Postillon in Neudnitz, mit Walther, Friederike Ernestine Emilie, in Ander-Grotendorf. — Krause, Siegmund Christian Wilhelm, Bahnarbeiter in Schönenfeld, mit Winter, Emilie Anna, in Neuschönfeld. — Paul, Willi, Fabrikarbeiter in Sellerhausen, mit Schaaf, Auguste Emilie, in Leipzig. — Zusammen 38.

Geburten: Kirsten, Hermann, Simmerers S. — Wegner, Friedrich Fürchtegott, Schneiders S. — Petzsch, Johann Karl, Markthelfers S. — Fischer, Ernst Hermann, Dienstmanns S. — Beudel, Max Georg, Lokomotivführerschulthei. — Frey, Max Arthur, Bureauassistentens S. — Klinger, Karl Friedrich, Stellmachers S. — Knopf, August Wilhelm Hermann, Huttmachers S. — Albrecht, Georg Albin, Preßvergolders S. — Müller, Karl Wilhelm Justus, Handarbeiter S. — Wiedemann, Friedrich Hermann, Fabrikarbeiter S. — Westram, Heinrich Julius Otto, Schriftschriften S. — Aye, Otto Oskar, Buchbinders S. — Lange, Franz Paul, Schuhmachers S. — Neidhardt, Emil Paul, Eisenhoblers S. — Beck, Max August Volkmar, Markthelfers S. — Roos, Emil Bernhard, Schlossers S. — Metz, George, Schneiders S. — Zabel, Johann Friedrich, Schlossers S. — Dennhardt, Karl Friedrich, Ludwig Hermann, Tischlers S. — Standhardt, August Friedrich Otto, Tischlers S. — Starke, Karl Bernhard, Kartographens S. — Paule, Georg Paul, Tanzlehrers S. — Pringler, gen. Martin, Friedrich Emil, Schneiders S. — Franke, Karl August, Bremers zw. T. — Möckel, Hugo Max, Kaufmanns S. — Köhler, August Hermann Otto, Schlossers S. — Tellmann, Friedrich Wilhelm, Tapezierers S. — Döhle, Karl August, Sattler u. Lackierers S. — Frommelt, Karl Paul, Brauers S. — Winter, Friedrich Wilhelm, Schlossers S. — Gottschalg, Theodor Julius Karl, Geschäftsführers S. — Horberg, Friedrich August, Theaterarbeiter S. — Lorenz, Gustav Emil Hermann, Schriftschriften S. — Köhler, Wilhelm Heinrich, Lohnfressers S. — Macler, Louis, Posthilfsboten S. — Börner, Ernst Julius, Postschaffners S. — Wolf, Eduard Paul, Lithographens S. — Dingenthal, Karl, Markthelfers S. — Roeger, Paul Albert, Metlers S. — Schönsfeld, Friedrich Wilhelm Ludwig Richard, Kutschers S. — Becker, Heinrich Ludwig, Schriftschriften S. — Mann, Eduard, Markthelfers S. — Grempl, Karl, Oberkellner S. — Schiebold, Moritz Franz, Tischlers S. — Just, Otto, Bäckermeisters S. — Bauer, Karl Moritz, Bahnarbeiter S. — Müller, Heinrich Emil Otto, Futterhändlers S. — Schrumpf, Karl Wilhelm, Tischlers S. — Beuche, Karl Robert, Eisenhoblers S. — Peter, Hermann Heinrich, Kaufmanns S. — Beck, Wilhelm Oskar, Expedientens S. — Grafe, Ernst Hermann, Simmerers S. — Martin, Otto Herm., Bäckermeisters S. — Bergander, Paul Oskar, Handarbeiter S. — Wahl, Ernst Otto, Posthilfsboten S. — Strohsfeld, Karl Friedrich Hermann, Fabrikarbeiter S. — Brandt, Johann Ferdinand Valentin, Posthilfsboten S. — Rothe, Julius Hermann, Aufsäters S. — Milde, Ernst Wilhelm, Kutschers S. — Wehner, Georg Heinrich Paul, Expedientens S. — Weise, Gustav Adolf, Schlossers S. — Dittmar, Johann Gottlob, Schriftschriften S. — Reichert, Gustav Rich., Schlossers S. — Hahn, Heinrich Rudolf, Schlossers S. — Kießling, Georg Otto, Fabrikarbeiter S. — Taschenberger, Johannes Heinrich Buchbinders S. — Klemm, Ernst Paul, Fabrikarbeiter S. — Kutschner, Julius Albin, Tischlers S. — Kramer, Friedrich Julius, Handarbeiter S. — Zusammen 75 Geburten (einschließlich 5 uneheliche Geburtställen).

Gestorben: Pohle, Wilhelmine, verw. gewesene Steinbach geb. Schirmer, Gussekibers Chefrau, 63 J. 4 M. 18 T. — Nehm, Adolf Chrenhardt, Expedientens S., 1 J. 10 M. 8 T. — Müller, Johann Gottlob, Kohlenhändler, 62 J. 6 M. 21 T. — Schünzel, Margarete Martha, Handarbeiter S. 6 J. 8 M. 7 T. — Born, Friedrich Georg, Handarbeiter S. 4 M. 29 T. — Böttge, Friedrich Wilhelm, Bahnarbeiter S. 6 J. 11 M. 1 T. — Knöding, Theodor Franz Friedrich, Maschinenarbeiter, 2 J. 8 M. 24 T. — Simmermann, Georg Erich, Schriftschriften-Invalidens S., 11 M. 16 T. — Heinrich, Wilhelm Ferdinand Guido, Buchhalter, 86 J. 8 M. 3 T. — Weißner, Friedrich Paul, Handarbeiter S. 4 M. 12 T. — Mann, Sophie Henriette geb. Claus, Kaufmanns Witwe, 69 J. 1 T. — Rothe, Johanna Christiane geb. Hecht, Handarbeiterin Witwe, 69 J. 1 M. — Bäsel, Paul Hermann Louis, Maurers S., 1 J. 11 M. 3 T. — Leininger, Konrad, Fleischer, 82 J. 2 M. 4 T. — Thieme, Emilie Abel geb. Blankenburg, Schneidersmeisters Chefrau, 26 J. 2 M. 27 T. — Kreuzmann, Hugo Otto, Arno, Verbinders S., 12 T. — Haber, Johann Margareta, Stationsassistentens S., 9 M. 22 T. — Despang, Walther Erich, Schriftschriften S., 6 T. — Hollenbeck, Luise Emilie Friederike geb. Lösch, Versicherungsinspektors Chefrau, 24 J. 5 M. 4 T. — Groß, Marie Anna, Steinmeiers S., 1 M. 10 T. — Lamm, Hedwig Charlotte, Handarbeiter S. 18 T. — Degen, Rosine Emilie Luise geb. Müller, Handarbeiter S. 40 J. 4 M. 20 T. — Behold, Ernst Heinrich Wilh., Maurermasters S., 11 J. 5 M. 6 T. — Rammelt, Richard Oskar Otto, Postschaffners S., 7 J. 4 M. 5 T. — Grätz, Emil Max, Handarbeiter S. 1 J. 1 M. 2 T. — Flache, Rosalie Auguste, ohne Vater, 65 J. 8 M. 11 T. — Müller, Melanie Margarete, Bäckermeisters S., 5 M. 24 T. — Meyer, Hugo Kurt, Handarbeiter S. 1 J. 6 M. 2 T. — Müller, Max Felix Bernhard, Markthelfers S., 2 J. 10 M. 15 T. — Heding, Marie Matilde, gesch. Leopold, geb. Gramsdorf, Buchbinders Chefrau, 58 J. 8 M. 1 T. — Wildshagen, Erwin, Bäckermeisters S., 4 J. 11 M. 24 T. — Reinhardt, Bruno Hans, Expedientens S., 1 J. 1 M. 28 T. — Ritsche, Johann Auguste geb. Beyer, Schlossers S., 44 J. 7 M. 15 T. — Zwillingmann, Margareta Anna, Eisenhoblers S., 2 J. 3 M. 28 T. — Schlegel, Karl Heinrich, Buchbinder, 50 J. 10 M. 18 T. — Kern, Johann Friedrich August, Aufsäters, 42 J. 8 M. 2 T. — Sebastian, Marie Martha, Schaffners S., 6 J. 4 M. 18 T. — Reichert, Ella Paula, Gaskontrolleurs S., 10 M. 51 T. — Kürth, Ernst Eduard, Postschaffner, 49 J. 3 M. 20 T. — Weiß, Karl August, pers. Gerichtsanalist, 71 J. 11 M. 20 T. — Lehmann, Auguste Lydia, Schlossers S., 8 M. 16 T. — Wiedemann, August Otto Friedrich, Schlossers S., 1 J. 5 M. 28 T. — Zusammen 51 Todesfälle (einschließlich 4 uneheliche und 4 togeborene Kinder).

die als bevorrechtigt gegoltenen Forderungen im Betrage von 2026 M. 2 Pfg. Deckung gefunden hatten, verblieben nach Abzug der Konkursosten für die sämtlichen übrigen Ansprüche, wie man vernimmt, nur noch — 417 M. 42 Pfg. Ein Fleischermeister hat für seine 214 M. 34 Pfg. befragende Forderung volle und ganze — 9 Pfg. erhalten, während im übrigen noch mehrfach Teilbeträge von nur 1 und 2 Pfg. seitens des Konkursverwalters zur Auszahlung gelangten.

Berlin, 13. April. Auf der Straße verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis abgeführt wurde der frühere verantwortliche Redakteur des anarchistischen Sozialist, Franz Künstler. Man nimmt an, daß die Verhaftung erfolgt ist wegen der Märznummer des Sozialist, in der sechs Artikel inkliniert sind.

Die Berliner Volkszeitung berichtet ihre Mitteilung über die Erkrankung des Langerhans'schen Dienstmädchen dahin, daß die Diagnose Diphterie von Professor Langerhans und nicht von den Anstaltsärzten gestellt worden ist. Der Anstaltsarzt, der den Tagesdienst hatte, bezweifelt im Gegenteil die Richtigkeit der Langerhans'schen Diagnose und setzte auf die Aufnahmehilfe hinter die Diagnose Diphterie ein Fragezeichen. Die bakteriologische Untersuchung bestätigte am nächsten Tage, daß in der That nur eine geringe Halsentzündung vorlag. Ferner bestätigt das Blatt die Mitteilung, daß das Serum von durchaus guter Beschaffenheit gewesen ist. Unmittelbar nach dem Tode des Kindes ist davon einem Meerschweinchen eine doppelte Dosis eingespritzt worden, ohne daß sich an dem Tiere irgendwelche nachteilige Folgen gezeigt hätten. Das Serum entstammt übrigens derselben Sendung, aus der früher schon viele Hunderte von Kindern mit bestem Erfolge geimpft worden waren.

Theatervorstellungen.
Neues Theater.

Dienstag den 14. April: 99. Abend, Vorstellung (3. Serie, weib.).
Der Postillon von Jonjumeau.

Romische Oper in 3 Akten, nach dem Französischen.

Musik von Adolf Adam.

Regie: Ober-Méglisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Vorst.

Personen des 1. Aktes:

Chapelon, ein Postillon Dr. Merckel
Vélu, ein Wagner Dr. Knüpfel
Marquis von Corey, Königlicher Kammerherr Dr. Marion
Madeline, Witwe Dr. Baumann

Ort der Handlung: Das Posthaus im Dorfe Jonjumeau.

Personen des 2. und 3. Aktes (Bein Jahre später):

St. Phar, erster Sänger der königlichen Oper Dr. Merckel
Marquis von Corey Dr. Marion
Alceindeur } Chorsänger der königlichen Oper Dr. Knüpfel
Frau von Latour Dr. Nibel

Ort der Handlung: Das Landhaus der Frau von Latour, nahe bei einem königlichen Lustschloß.

Hierauf:

Ein Rossmäst.

Ballet-Pantomime in 1 Aufz. von U. Heimerding-Spadoni.

Musik von Anton Rubinstein.

Instrumentiert von Max Erdmannsdörffer.

Regie: Ballettmeister Golmelli. — Direktion: Musikdirektor Dr. Prellinger.

Nach dem 1. und 2. Akt der Oper finden längere Pausen statt.

Einlaß 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Opern-Preise.

Villet-Berkaus an der Tageskasse von 10 (Sonnt. u. Feiertag von 10 1/2) bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Aufgeld von 80 Pf.) von 1—8 Uhr.

Spieldaten: Mittwoch: Der Waschenschmied. Herausf.: Ein Rossmäst.

Aufgang 7 Uhr. — Donnerstag: Der Evangelismann. Aufgang 7 Uhr. — Freitag: Komtesse Guderl. Aufgang 7 Uhr. — Sonnabend: Der Troubadour. Vorher: Basilien und Basilienne. Aufgang 7 Uhr.

Altes Theater.

Dienstag den 14. April:

Arrik-Prihi.

Posse mit Gesang in 3 Akten von H. Willen und O. Justinus.

Musik von Michaelis.

Regie: Méglisseur Ernst Müller. — Direktion: Musikdirektor Meyer.

Peter Leyden, Stadtkämmerer u. Gewürz-

krämer.

Piepenberg, Apotheker Dr. Probst

Kuz, Bäckermeister Dr. Ernst Müller

Thedelinde } deren Frauen Dr. Kunzschmann

Ulrike Dr. Buse

Emil Thülede, Sekundaner, Liebhaber Nesse Dr. Wildner

Ebert, Ingénieur Dr. Kienle

Frau Solinam, Besitzerin des Hotels "Zum goldenen Löwen" in Berlin Dr. Müller

Susanna, ihre Nichte Dr. Müller

Modig, Stadtmusikus Dr. Frank

Schwelemann, Schueler Dr. Greiner

Kaul, Barbier Dr. Vanberger

Felix, Handarbeiter } im "Golden Löwen" Dr. Bärwinkel

Wolfe, Dienstmädchen Dr. Blüttner

Werner, Student Dr. Wack

Zeitrich, Schankmädchen in Thury Dr. Hennig

Ein Regeljunge Dr. Diezmann

Nach dem 2. Akt findet eine längere Pause statt.

Einlaß 1/2 Uhr. Anfang 1/2 Uhr. Ende gegen 1/2 Uhr